

Berichte



2015

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Difu

Deutsches Institut für Urbanistik

	Standpunkt	15	Gesunde Kommunen: PartKommPlus
2	Perspektivenwechsel im Umgang mit Flüchtlingen	16	Digitale Infrastruktur als regionaler Entwicklungsfaktor
	Forschungsergebnisse und Veröffentlichungen	16	Baukulturbericht für 2016/17
4	Grüne und blaue Infrastrukturen fördern die Resilienz der Städte	17	Klimagerechtes Flächenmanagement
5	Perspektiven großer Wohnsiedlungen		Veranstaltungen und Fortbildung
6	Transnationale Perspektiven für den Mittelstand	18	Veranstaltungsvorschau
7	Städteumfrage zur Elektromobilität	19	Kongress für Energiemanagement
8	Argumente für Parkraummanagement	20	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
9	Stadt und Infrastruktur	22	Wohin mit Fernbuslinien in der Stadt?
10	Kommunale Lärmaktionsplanung	23	Beeinflussung der Verkehrsmittelwahl
10	Klimaschutz in kleinen Kommunen	24	Nachhaltige Wasserinfrastrukturen
11	Difu-Jahresbericht	25	Soziale Stadt
11	Wege für Kommunen im Klimaschutz	26	Gender und Diversity in der Stadt
	Neue Projekte	27	Gewerbeflächen erfolgreich planen
12	Gesund älter werden in der Kommune	28	Urban Labs – Energie für das Quartier
13	Generationengerecht finanzierte Infrastruktur		Weitere Rubriken
13	Lokale Energiewende in Ahrweiler	17	Was ist eigentlich?
14	MS Wissenschaft unter dem Motto Zukunftsstadt unterwegs	29	Ludwigshafen am Rhein neu im Difu
14	Wissensshows zur Zukunftsstadt	30	Difu intern
15	Klimaschutz braucht Initiative!	31	Neu im Difu-Inter- und -Extranet
		32	Difu aktiv-Ticker
		33	Mediennachlese, Impressum
		36	Bestellschein

Perspektivenwechsel im Umgang mit Flüchtlingen

Von der Sondersituation zum kommunalen Alltag



Ricarda Pätzold
Foto: Annette Koroll

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht steigende Flüchtlingszahlen, die Not der Menschen und die Machtlosigkeit der Politik Schlagzeilen in der Tagespresse sind. Flüchtlinge und Asylbewerber im kommunalen Kontext zu thematisieren, ist angesichts des gegenwärtig immensen Zustroms geprägt von Schwierigkeiten und partieller Überforderung. Gerade die Kommunen stehen aufgrund steigender Flüchtlings- und Asylbewerberzahlen unter Druck. Und sie sind direkt damit konfrontiert, während in den allgegenwärtigen Verteilungsdiskussionen auf übergeordneten Ebenen, innerhalb der EU und zwischen den Bundesländern (beispielsweise über den „Königsteiner Schlüssel“ s. S. 17 in diesem Heft), Flüchtlinge schnell zu „Objekten der Verwaltung“ werden (PRO ASYL 2014, S. 8). Bei der Wahl des Wohnsitzes haben Flüchtlinge ohnehin kein Mitspracherecht.

Dass Flüchtlinge und Asylbewerber nach Deutschland kommen, ist kein neues Phänomen. In Folge von politischen Umbrüchen und Bürgerkriegen gab es immer wieder Zuwanderungswellen. An Erfahrungen im Umgang mit Zuwanderung mangelt es in deutschen Städten und Gemeinden daher nicht. Gleichwohl ist die Debatte um die deutsche Zuwanderungspolitik, deren Bestandteil der Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern ist, lang, kurven- und konfliktreich.

Was sind – mit Blick auf die heutige Situation – die besonderen, vielleicht auch neuen Herausforderungen für Kommunen? Unter extremem Zeitdruck müssen viele Stellschrauben gleichzeitig bewegt werden: Die Aufgaben- und Lastenteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen muss verhandelt werden, Integrationskonzepte sind aufzustellen, Integrationskurse insbesondere zur Sprachförderung auszuweiten, Standorte für Unterkünfte müssen gefunden und zum Teil gebaut werden und nicht zuletzt ist die Bevölkerung zu informieren und einzubinden. Auf der lokalen Ebene entscheidet sich, ob und in welchem Maße die Integration gelingt. Hierfür gibt es allerdings kein Patentrezept. In jedem Fall ist Integration keine Selbstverständlichkeit und auch kein Resultat eines gerechten Verteilungsschlüssels. Sie ist vielmehr das Ergebnis einer kommunalen

Haltung und den daraus abgeleiteten Anstrengungen. Viele Städte zeigen deutlich, dass sie Integration wollen.

Die folgenden Gedanken und Anregungen sind als Impuls für eine Diskussion zu verstehen, die den Umgang mit Flüchtlingen nicht auf ein zahlenmäßiges und rechnerisch lösbares Problem reduziert.

Stadtspitzen setzen Zeichen für eine Willkommenskultur

Der Umgang mit Flüchtlingen ist (zuallererst) eine Frage der Einstellung, die die Stadtspitze einer Kommune nach außen vertritt. (Ober-)Bürgermeister und Landräte kommunizieren das Thema in die Gesellschaft und machen es auf die eine oder andere Weise zu einem öffentlichen, gesellschaftlichen und auch politischen Anliegen. Auf diese Weise werden vielerorts bereits erfolgreich Zeichen für eine kommunale Willkommenskultur gesetzt. Diese wirkt vor allem dann nachhaltig, wenn sie die Ängste aller betroffenen Menschen – der Neuzuwanderer wie der Alteingesessenen – ernst nimmt und Konflikte nicht ignoriert.

Flüchtlinge haben einen oft unklaren, temporären Aufenthaltsstatus. Faktisch bleiben viele von ihnen – zumindest über mehrere Jahre – in Deutschland. Deshalb sind Angebote für die Entwicklung einer Lebensperspektive zu eröffnen, sei es mit Blick auf Wohnen, Arbeiten, Teilhabe am sozialen Leben oder Freizeit. Die zyklisch enorm schwankenden Ankunftszahlen (2005 waren 6 852 Asylanträge, 2014 bereits 150 257 zu verzeichnen) erschweren einen vorausschauenden Umgang mit dem Thema. Es ist davon auszugehen, dass der Flüchtlingsstrom in den nächsten Jahren anhalten wird. Damit sollte der Umgang mit Flüchtlingen nicht als Sonderfall, sondern als langfristiges kommunales Thema anerkannt und als solches behandelt werden. Dies erfordert nicht nur einzelne Projekte, sondern darüber hinaus und zuvor erst Strategien, Konzepte und Strukturen. Da die Aufnahme von Flüchtlingen weit mehr als deren Unterbringung betrifft, sollte sie als Teil einer integrierten Stadtentwicklung betrachtet werden. Nur durch Einbettung in umfassende Strategien und Konzepte lassen sich langfristig tragfähige Lösungen finden. So ist auch gewährleistet, dass das



Bettina Reimann
Foto: David Ausserhofer

Thema nicht in Vergessenheit gerät, falls die Flüchtlingszahlen wieder einmal sinken, zu dem könnte ein Handeln „mit dem Rücken zur Wand“ in Zukunft vermieden werden. Denn, in der Vergangenheit wurden – in den Jahren zurückgehender und niedriger Zuwanderungszahlen – vielerorts Unterkunfts-kapazitäten sukzessive abgebaut.

Uns ist durchaus bewusst, dass antizyklisches Agieren bei kaum einem Thema gelingt, doch ist das Anliegen deshalb nicht weniger wichtig.

Die meisten Kommunen, aber auch Bund und Länder wurden von der 2013 plötzlich (wieder) ansteigenden Unterbringungs- und Integrationsaufgabe überrascht. Auch sehen sie sich Verunsicherungen und auch Protestbewegungen von Seiten der Bevölkerung gegenüber, aus denen einige Parteien politischen Profit schlagen. Auf der anderen Seite gibt es aber auch eine enorme Welle der Hilfsbereitschaft und des Engagements. Dies verdeutlicht den Stellenwert der Kommunikation, und zwar nicht nur innerhalb der Verwaltung, sondern auch in die Stadtgesellschaft hinein. Wie in einer angespannten Situation allerdings die Debatten zum Positiven gewendet werden können, ist nicht einfach zu beantworten. Der Handlungs- und Erfolgsdruck erschwert es, geeignete Kommunikationsstrategien umzusetzen.

Wie groß die aktuelle Herausforderung ist, zeigt sich unter anderem beim Blick auf das derzeit drängendste und sichtbarste Problem: die Unterbringung der Flüchtlinge – und das sowohl in den Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder als auch in den Einrichtungen der Kommunen. Wenngleich „theoretisch“ Einigkeit besteht, dass die dezentrale Unterbringung in Wohnungen langfristig die beste Lösung ist, so entstehen aus diesen Ansprüchen vor allem in wachsenden Regionen auch Konkurrenzsituationen um das begrenzte Angebot von belegungsgebundenen Wohnungen.

Hier greifen rationale Argumente nur bedingt: Regionen, in denen Wohnungen leer stehen, die vom demografischen Wandel besonders stark betroffen sind, könnten Flüchtlingen eine Chance für einen Neuanfang eröffnen (Rosenfeld 2014). Doch in diesen Regionen gibt es auch Ressentiments. Ist es vertretbar, Flüchtlinge aus Bürgerkriegsregionen potenziell konfliktgeladenen Situationen auszusetzen? Muss man anerkennen, dass Großstadtreionen (noch) wesentlich robuster auf Zuwanderungsströme reagieren, breitere Unterstützungsnetzwerke aufweisen und daher dieser Aufgabe eher gewachsen sind?

Wie kann es gelingen, Willkommenskultur in unterschiedlichen Räumen und Orten mit Leben zu füllen?

„Cui bono“: Eine Willkommenskultur nutzt der Gesellschaft

Voraussetzung einer Willkommenskultur für Flüchtlinge ist – bei aller Sensibilität für die Probleme und Herausforderungen – ein grundsätzlicher gesellschaftlicher Diskurs. Flüchtlinge und das Zusammenleben in kulturell gemischter Gesellschaft sind nicht allein und zuallererst als ein Problem anzusehen, welches nur schwer zu lösen ist. Auch wenn die momentane Situation durchaus eine optimistische Zukunftssicht erschwert. Den Weg für eine Willkommenskultur zu bereiten setzt voraus, Menschen aufeinander neugierig zu machen, gegenseitiges Interesse zu wecken, Begegnungen zu initiieren. Notwendiger Teil einer Willkommenskultur ist es auch, den Menschen in Not, die nach Deutschland kommen, über eine gezielte Sprachförderung hinaus Möglichkeiten zu eröffnen und Anlässe zu bieten, sich zu betätigen und zu engagieren. Die Diskussion darüber, welche Formen von Tätigkeit, von ehrenamtlichem Engagement dies sein könnten, ist zu führen. Leitender Gedanke sollte hierbei sein, die Flüchtlinge aus ihrer räumlichen und gesellschaftlichen Abschottung herauszuholen, einer Abschottung, die vielerorts schon durch die Lage der Unterkünfte und den Umstand, nicht arbeiten zu dürfen, bestimmt ist. Flüchtlinge gehören ins Zentrum der Gesellschaft und nicht an deren Rand (Fetscher 2015).

Menschen, die in Deutschland integriert sind, können auch wirtschaftliche Leistungen erbringen: als dringend benötigte Arbeitnehmer und Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt, in Branchen und Bereichen, die händeringend Personal suchen und nicht zuletzt als Steuerzahler. Nachbarschaften und Stadt(teil)leben werden durch neue Impulse bereichert. Die Integration von Flüchtlingen bietet Chancen, die es aufzugreifen und zu gestalten gilt!

Der notwendige Perspektivenwechsel kann nur gelingen, wenn Kommunen nicht allein gelassen werden. Bund, Länder und Kommunen sind gemeinsam gefordert. Gerade Bund und Länder müssen sich ihrer besonderen Verpflichtungen, nicht nur was die Ressourcen betrifft, bewusst sein. Mag es auch mit Blick auf die Verteilung keine allen Beteiligten gerecht werdende Lösung geben – wenn die unterschiedlichen Zuständigkeits- und Verantwortungsebenen zu mehr Kooperation bereit wären, ließe sich die gegenwärtig konfliktbeladene Situation sicherlich entschärfen und nähme der Druck auf die Kommunen ab.

Quellen und Tipps zum Weiterlesen:

- Deutscher Städtetag (2015): Positionspapier des Deutschen Städtetages – Aufnahme, Unterbringung und Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen, 7.5.2015.
- Fetscher, Caroline (2015): Schickt die Flüchtlinge nicht in die Dörfer!, in: Der Tagesspiegel, 14.4.2015.
- PRO ASYL e.V. (Hrsg.) (2014): Unterbringung von Flüchtlingen in Deutschland. Regelungen und Praxis der Bundesländer im Vergleich. Autor: Kay Wendel, Frankfurt am Main.
- Rosenfeld, Dagmar (2014): Flüchtlinge: Kommt her zu mir!, in: DIE ZEIT, Nr. 49/2014.
- Landua, Kerstin (2015): Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Kinder- und Jugendhilfe. in: Berichte 2/2015. S. 20

Dipl.-Ing. Ricarda Pätzold
Telefon: 030/39001-190
E-Mail: paetzold@difu.de

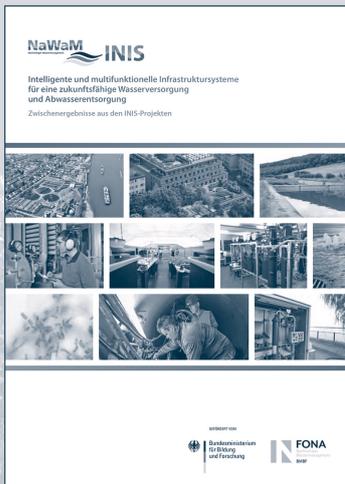
Dr. rer. soc. Bettina Reimann
Telefon: 030/39001-191
E-Mail: reimann@difu.de

Grüne und blaue Infrastrukturen fördern die Resilienz der Städte



Darla Nickel

Foto: David Ausserhofer



Veröffentlichung online:

<http://bit.ly/1KYVNmz>

<http://www.bmbf.nawam-inis.de/de/publikationen>

www.kuras-projekt.de

Weitere Informationen:

Dr.-Ing. Darla Nickel
Telefon: 030/39001-207
E-Mail: nickel@difu.de

Difu-Mitarbeiterin Darla Nickel erläutert im Gespräch, warum grüne Infrastrukturen zunehmend in die deutschen Städte und ins politische Bewusstsein Einzug halten. Ihre Gesprächspartnerin ist Kerry Bobbins, Gastwissenschaftlerin am Difu, die als südafrikanische Preisträgerin des „Green Talents-Wettbewerbs“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung die Erfahrungen mit grünen Infrastrukturen in Deutschland analysiert.

Bobbins: Was genau beschreibt der Begriff „Grüne Infrastruktur“?

Nickel: Grüne Infrastrukturen sind vielfältige kleine oder auch große Grünflächen, die Nutzen für Mensch und Natur stiften können. In Städten reichen sie von gebäudeintegrierten Systemen wie begrünten Dächern und Fassaden bis hin zu privaten und öffentlichen Grünflächen wie Gärten, Parks, begrünten Verkehrswegen und stadtnahen Wäldern. Zählt man natürliche und künstliche Gewässer dazu, dann wird auch von grün-blauen Infrastrukturen gesprochen. Dieser Begriff wurde erstmals in den 90er-Jahren in den USA genutzt. Mittlerweile ist er auch in Europa weit verbreitet.

Bobbins: Welche Vorteile für urbane Räume werden mit der Nutzung grüner Infrastrukturen verbunden?

Nickel: Eine ganze Palette! Grüne Infrastrukturen können Naherholungsmöglichkeiten für die Stadtbewohner aufwerten oder auch erst schaffen. Sie können zum Erhalt oder zur Wiederherstellung von Ökosystemen und von Artenvielfalt einen Beitrag leisten. Sie können zur Regulierung des Stadtklimas und zur Besserung der Luftqualität beisteuern. Auch können sie als dezentrale Maßnahme der Regenwasserbewirtschaftung die Kanalisation und die Gewässer entlasten. Und dies sind nur einige Beispiele.

Bobbins: Welche Bedeutung haben grüne Infrastrukturen heute für die Stadtentwicklung?

Nickel: Neu ist der Name. Die Nutzung grüner Infrastrukturen als Element der Stadtentwicklung ist in Deutschland hingegen nicht neu. Gerade die Begrünung von Dächern als ökologische Maßnahme oder die Erhaltung

von „Frischluftschneisen“ ins Stadttinnere haben hier eine lange Tradition. Einige Elemente sind bereits fester Bestandteil der Stadtplanung. Grüne Infrastrukturen gewinnen zunehmend an Bedeutung, weil ihre Pflege und ihr Ausbau als eine kostengünstige Strategie zur Förderung der städtischen Anpassungs- und Widerstandsfähigkeit gegenüber vielfältigen Auswirkungen von Veränderungsprozessen wie dem Klimawandel gesehen werden.

Bobbins: Vor welchen Herausforderungen stehen deutsche Städte bei der Integration von grünen Infrastrukturen?

Nickel: Grüne Infrastrukturen sollen einerseits viele Funktionen erfüllen, andererseits konkurrieren sie mit weiteren Nutzungen um die begrenzten urbanen Flächen. Damit sie die gewünschten Wirkungen tatsächlich entfalten können, gilt es, im Rahmen einer strategischen Stadtentwicklung die Entwicklung von multifunktionellen grünen und blauen Infrastrukturen mit der Entwicklung weiterer städtischer Infrastrukturen zusammenzuführen und die verschiedenen Flächennutzungen gegeneinander abzuwägen. Dies erfordert neben neuen Lösungen auch eine entsprechende Abstimmung zwischen den verantwortlichen Akteuren.

Das Difu beschäftigt sich in verschiedenen Forschungsvorhaben mit diesen Herausforderungen. Das Projekt „Konzepte für urbane Regenwasserbewirtschaftung und Abwassersysteme – KURAS“ ist hierfür ein Beispiel.

Eine Gegenfrage ist doch sicher erlaubt. Was erhoffen Sie sich von Ihrer Auseinandersetzung mit den grünen Infrastrukturen in Deutschland?

Bobbins: In grünen Infrastrukturen sehen wir ein großes Potenzial, dem ungleichen Zugang zu städtischen Wasserdienstleistungen und -infrastrukturen in Südafrika entgegenzuwirken. Ich möchte vor allem mehr darüber lernen, wie in Deutschland Instrumente der Planung eingesetzt werden, um den Prozess der Transformation zu unterstützen und zu wissen, ob und wie wir diese Erfahrungen auf die Stadtentwicklung in Südafrika übertragen können.

Foto: Wolf-Christian Strauss

Perspektiven großer Wohnsiedlungen

Difu-Studie eröffnet differenzierten Blick auf sehr unterschiedliche Lebenswelten

An Großwohnsiedlungen scheiden sich die Geister: Für die einen sind sie ein Teil der europäischen Stadt – ebenso wie die baulichen Zeugnisse anderer Epochen. Für die anderen sind sie steingewordener Beleg der Kälte des modernen Siedlungsbaus, Zeichen eines architektonischen Irrtums. Ein solcher Glaubenskrieg oder Zwist der Geschmäcker mag bei der Auseinandersetzung um städtische Solitäre vertretbar sein. Hier geht es aber um vier Millionen Wohnungen und damit um den Lebensraum und die Heimat von rund acht Millionen Menschen. Hinzu kommt, dass es sich nicht um die Verwirklichung individueller Wohnräume handelt, sondern um Mietwohnungen und darunter häufig die preisgünstigen Bestände in den Städten. Damit besteht die Gefahr einer doppelten Stigmatisierung.

Der Vielfalt von Meinungen und Einzelbeispielen zu den großen Wohnsiedlungen stehen nur wenige gesicherte systematische Wissensbestände gegenüber. Diese anzureichern war das Ziel einer kürzlich vom Difu abgeschlossenen Studie, die in Kooperation mit dem Kompetenzzentrum Großsiedlungen durchgeführt wurde. Unter den Siedlungsbegriff wurden die in den 1920er- bis 1980er-Jahren des 20. Jahrhunderts errichteten Wohnquartiere des mehrgeschossigen Mietwohnungsbaus gefasst, die mehr als 500 Wohnungen bzw. mehr als 1 000 Einwohner beherbergen. Im Mittelpunkt der Untersuchung standen Fragen nach der Rolle der Siedlungen in den jeweiligen städtischen Wohnungsmärkten, nach der Höhe notwendiger Bestandsinvestitionen, nach Abhängigkeiten der Investitionsentscheidungen der Eigentümer sowie den Potenzialen von ergänzendem Wohnungsneubau. Beauftragt und finanziert wurde die Untersuchung durch den Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB), den Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden (BBS), den Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW) sowie das Kompetenzzentrum Großsiedlungen e.V.

Insgesamt wird der Investitionsbedarf in den großen Wohnsiedlungen – gemessen an realistischen Zielquoten für die Modernisierung und eventuellen Neubau – für den Zeitraum

bis 2030 auf 56 Milliarden Euro geschätzt (ohne Investitionen in die soziale und technische Infrastruktur im Wohnumfeld). Diesem Bedarf stehen derzeit bereits absehbare Investitionsabsichten mit einem Volumen von 33 Milliarden Euro gegenüber. Die Eigentümer in den Siedlungen – die kommunalen und privaten Wohnungsunternehmen, die Genossenschaften, aber auch Eigentümergemeinschaften und Wohnungseigentümer – verfolgen mehrheitlich den Anspruch, die Wohnqualität zu steigern. Allerdings sind die Spielräume für Modernisierungsmaßnahmen stark eingeschränkt, da die Siedlungen eine große Bedeutung für die Wohnungsversorgung einkommensschwächerer Haushalte haben.

Der den Siedlungen innewohnende Entstehungsgedanke erscheint aus heutiger Sicht überaus modern: Es wurden qualitativ hochwertige Mietwohnungen für Menschen gebaut, die eine eingeschränkte Wahlfreiheit am Immobilienmarkt haben. Insbesondere in Regionen mit einem langfristig stabilen Wohnungsbedarf sind deshalb langfristige Strategien zur Weiterentwicklung der großen Wohnsiedlungen erforderlich. Dazu gehört sowohl die Rückbesinnung auf die in den Siedlungen angelegten wohnreformerischen Qualitäten als auch die Korrektur verbliebener Umsetzungsdefizite. Die Belange der Menschen in großen Wohnsiedlungen sollten auch einen ihrer Bedeutung entsprechenden Stellenwert in der kommunalen Stadtentwicklungsplanung erhalten, der ihnen bisher nicht überall zukommt.

In den letzten fünf Jahren wurden bei einem Drittel der Siedlungen Image-Verbesserungen erreicht. In vielen Fällen zeigt sich, dass die oft thematisierte Baustruktur nicht das Problem ist. Erforderlich sind vielmehr sensible Vermietungsstrategien und behutsame Erneuerungsprozesse. Die Siedlungen sollten dabei grundsätzlich mit dem und nicht gegen den Bestand weiterentwickelt werden, d.h. dass die prägenden baulichen Charakteristika der Bestände in ihrer spezifischen Urbanität gestärkt werden müssen.

Die Studien-Ergebnisse können über das Kompetenzzentrum Großsiedlungen als Jahrbuch 2015 bezogen werden.



Streetart-Bilder des Künstlers El Bocho
Fotos: Ricarda Pätzold

Weitere Informationen:
Dipl.-Ing. Ricarda Pätzold
Telefon: 030/39001-190
E-Mail: paetzold@difu.de

Dipl.-Kfm. (FH)
Stefan Schneider
Telefon: 030/39001-261
E-Mail: schneider@difu.de

Bestellung:
<http://bit.ly/1HKXbbf>

Vorteile der transnationalen Zusammenarbeit für kleine und mittlere Unternehmen

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU), also Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitern bzw. einem Jahresumsatz bis 50 Mio. Euro, bilden das Rückgrat der europäischen Wirtschaft: Über 98 Prozent aller Unternehmen gehören dazu. Sie stellen zwei Drittel aller Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft bereit. KMU stehen dementsprechend im Mittelpunkt verschiedener europäischer Maßnahmen und Programme wie der Mainstream-Programme des Strukturfonds, der Rahmenprogramme für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation oder des Forschungsrahmenprogramms. In den transnationalen Interreg-Programmen geht es im Kern immer um die integrierte räumliche Entwicklung und die territoriale Kohäsion und damit auch um eine ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung, an der KMU einen wichtigen Anteil haben. Allerdings standen KMU in den ersten Förderperioden nicht im Mittelpunkt der Interreg-Programme – weder als Zielgruppe noch als potenzielle Projektakteure.

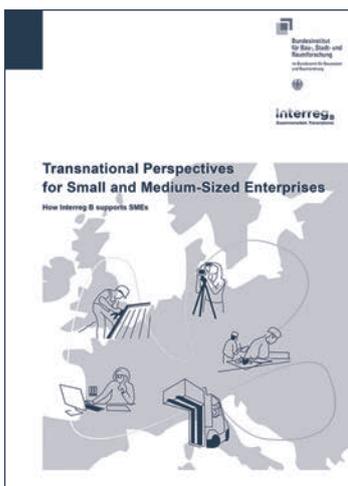
In der jetzt vom Deutschen Institut für Urbanistik abgeschlossenen Studie wurden ausgewählte Projekte der Förderperiode 2007–2013 von Interreg IVB untersucht, in denen KMU entweder als Projektpartner mitgewirkt haben oder in denen versucht wurde, Rahmenbedingungen von KMU zu verbessern

und Angebote für diese spezifische Zielgruppe zu entwickeln. Ziel war es, die bisherigen Ergebnisse transnationaler Kooperationsprojekte für die Bundesraumordnung sowie für Akteure der Raumentwicklung in den Ländern und auf regionaler und kommunaler Ebene besser nutzbar zu machen. Die Studie entstand im Zusammenhang mit dem BBSR-„Modellvorhaben der Raumordnung: Thematische Auswertung der transnationalen Zusammenarbeit: Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) als Adressat räumlich orientierter Politik“.

Die Projekte zeigen, wie trotz vielfältiger Herausforderungen mit Interreg B eine große Bandbreite von Maßnahmen, die der KMU-Förderung und Unterstützung dienen, erfolgreich umgesetzt werden kann: von der gemeinsamen Entwicklung eines Gütesiegels, einem Bewertungsinstrumentarium, um Gebäude im Hinblick auf ihre Energieeffizienz zu bewerten, über Maßnahmen zum Altersmanagement in Unternehmen bis hin zu der Erschließung größerer Märkte in ganz unterschiedlichen Bereichen. In all diesen Fällen gewinnen die Projekte durch die transnationale Dimension.

In zwei Broschüren – deutsch und englisch – werden die Projekte und ihre Ergebnisse vorgestellt, es werden die für KMU interessanten Themenfelder präsentiert und Informationen zur aktuellen Förderperiode gegeben. Mit der neuen Programmperiode 2014–2020 und ihrer Ausrichtung auf die Strategie Europa 2020 rücken KMU stärker in den Fokus: In allen sechs Interreg-Programmräumen mit deutscher Beteiligung ist die Beteiligung gewinnorientierter Unternehmen nun ausdrücklich erwünscht. KMU werden in allen Programmprioritäten, vielen Themenfeldern und beispielhaften Projektideen als Zielgruppe und Akteur adressiert.

Mit der Broschüre bekommen Projektakteure wie Städte und Regionen, aber auch KMU selbst vielfältige Einblicke, welchen Mehrwert die transnationale Zusammenarbeit für den Mittelstand bringen kann.



Veröffentlichung online:

<http://bit.ly/1Fhnat0> (deutsch)
<http://bit.ly/1JWSmOB> (englisch)

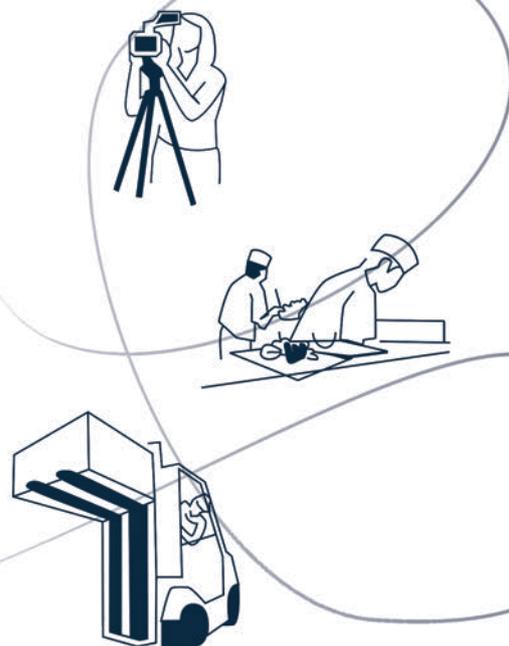
Bestellung der Printversion:

siehe Bestellschein



Weitere Informationen:

Dr. Beate Hollbach-Grönmig
Telefon: 030/39001-293
E-Mail:
hollbach-groemig@difu.de



Grafik: Elke Postler

Städteumfrage zur Elektromobilität

Difu-Umfrage zeigt, dass Elektromobilität in der kommunalen Realität angekommen ist

Auch wenn das Ziel der Bundesregierung, in fünf Jahren eine Million Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straßen fahren zu sehen, noch lange nicht erreicht ist – 78 Prozent der deutschen Kommunen setzen sich mit dem Thema Elektromobilität auseinander. Dies ist ein Ergebnis der Difu-Städtebefragung „Elektromobilität in Kommunen“. Dabei unterscheiden sich die Kommunen sowohl in Art und Umfang der Aktivitäten als auch hinsichtlich ihrer Motive, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Für manche Kommunen ist Elektromobilität Bestandteil einer umweltfreundlichen Mobilität, die für sie zu den Kernzielen einer strategischen Stadt und Verkehrsentwicklung gehört. Andere betrachten das Thema eher aus dem Blickwinkel der Wirtschaftsförderung oder versprechen sich dadurch einen Imagegewinn sowie positive Auswirkungen auf ihren städtischen Standort.

Abbau von Barrieren

Elektromobilität ist für Kommunen ein Innovationsthema. Wesentliches Kennzeichen von Innovationen ist, dass sie sich meist nicht von Beginn an ungeteilter Zustimmung erfreuen. Anfängliche Barrieren – bestehend aus Unsicherheit, fehlenden Informationen, mangelnden Erfahrungen etc. – bauen sich erst im zeitlichen Verlauf ab. Die Befragungsergebnisse bestätigen dies. Mit zunehmenden Erfahrungen und Aktivitäten in den Städten wird kritischen Aussagen der Elektromobilität gegenüber seltener zugestimmt.

Nicht verwunderlich ist der positive Zusammenhang zwischen dem politischen Stellenwert des Themas und den Aktivitäten vor Ort: Je größer der politische Wille, desto umfangreicher die Aktivitäten. Dies legt den Schluss nahe, dass die Politik entscheidender Treiber für die Einführung ist. So eindeutig bestätigt die Umfrage dies jedoch nicht.

Akteursübergreifende Allianzen erforderlich

Die Umfrage zeigt zwar, dass insbesondere Kommunalverwaltungen und kommunale Unternehmen treibende Kräfte sind. Kommunen, die besonders aktiv die Einführung der Elektromobilität in ihrer Gemeinde vorantreiben, haben dabei aber oft akteursübergreifende Allianzen gebildet und gehen das Thema gemeinsam an. Das legt den Schluss nahe, dass ein abgestimmtes gemeinsames Handeln engagierter Kommunalverwaltungen sowie

der Politik im Schulterschluss mit kommunalen und privaten Unternehmen eine dynamische Entwicklung fördert. Die Kommune ist *ein* zentraler Akteur, aber auf die Zusammenarbeit mit anderen angewiesen. Es wird aber auch deutlich, dass ohne engagierte Kommunalverwaltungen wenig passiert. Die wichtigsten Treiber innerhalb der Verwaltung sind die Stadtspitze, speziell eingerichtete Lenkungsstrukturen oder entsprechende Stabsstellen sowie die Wirtschaftsförderung. In besonders „aktiven Städten“ kommt insbesondere dem Lenkungsreis oder der Stabsstelle eine herausragende Bedeutung zu. Derartige Organisationsformen deuten auf eine starke strategische Behandlung sowie Bedeutung des Themas hin. Solche Strukturen entwickeln mitunter eine gewisse „Schubkraft“, die hilfreich bei der Verankerung in Kommunalverwaltungen ist, da das Thema noch nicht in städtischen Routinen verankert ist.

Das Difu führte die Befragung im Rahmen der Begleitforschung „Modellregionen Elektromobilität“ – gefördert durch das BMVI und koordiniert durch die NOW GmbH – des Themenfeldes Stadtentwicklung und Verkehr durch. Die ausführlichen Ergebnisse sind in der kostenfreien Broschüre „Difu-Städtebefragung – Elektromobilität in Kommunen“ nachzulesen, die im Juni – auch online – erscheint.

Weitere Informationen:

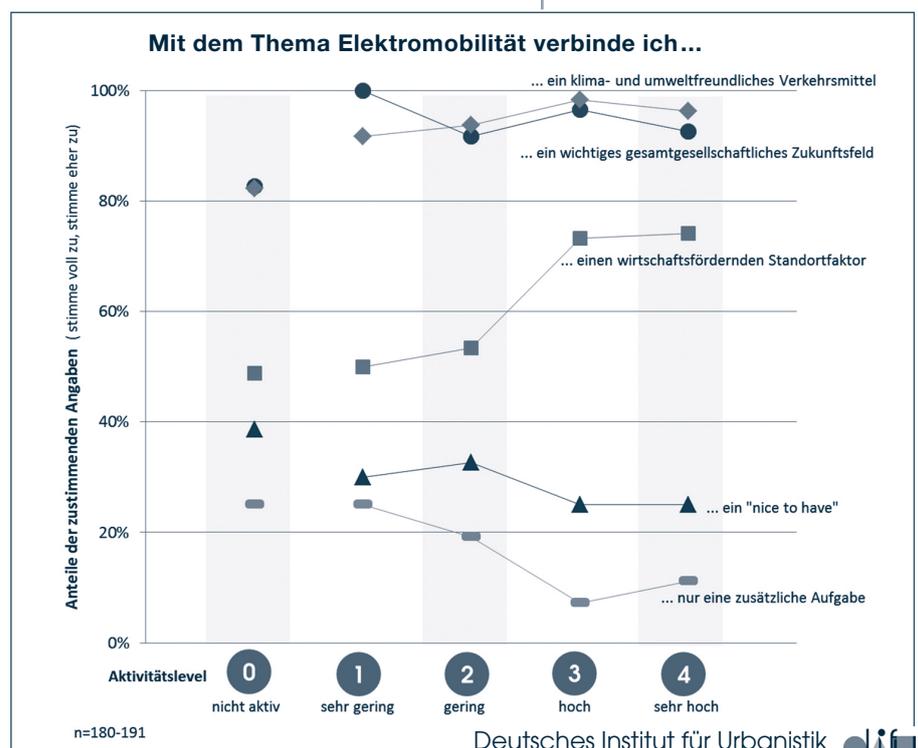
Dipl.-Geogr. Anne Klein-Hitpaß
Telefon: 030/39001-204
E-Mail: klein-hitpass@difu.de

Veröffentlichung online:

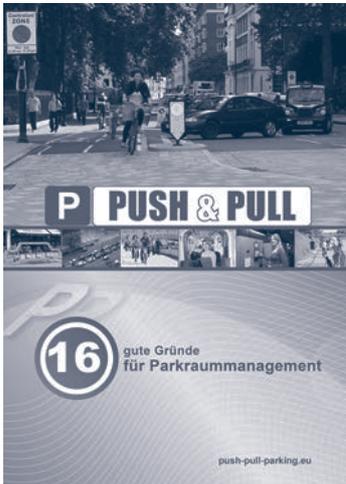
<http://bit.ly/1RbEb8i>

Bestellung:

siehe Bestellschein



Argumentationsleitfaden unterstützt das Parkraummanagement



Das Thema Parken ist in vielen Kommunen aktuell: Einerseits möchten Teile der Bevölkerung den öffentlichen Raum besser als nur zum Abstellen von Kraftfahrzeugen nutzen, andererseits gibt es vielerorts Parkdruck und Einzelhändler fürchten um ihre Kundschaft. Innovatives Parkraummanagement kann in Verbindung mit Maßnahmen der Verkehrlenkung und des Verkehrsmanagements Mobilitätsverhalten wirksam verändern.

Anwohner können beim Parken bevorzugt, Flächenaufteilungen verändert und Einpendler veranlasst werden, ihr Auto stehen zu lassen und den ÖPNV oder das Fahrrad zu nutzen. Somit gehört Parkraummanagement in den Kommunen zur strategischen Verkehrsplanung.

Parkraumbewirtschaftung erweist sich allerdings oft als sehr emotionales Thema. Die Einführung bedarf eines guten Kommunikationskonzepts sowie einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit mit einer nachvollziehbaren Botschaft für ein effizientes Parkraummanagement. Nur so können gute Argu-

mente für entsprechende Maßnahmen innerhalb der Verwaltung und in der Öffentlichkeit rechtzeitig und umfassend vermittelt werden.

Diese guten Gründe hat das Difu in Zusammenarbeit mit anderen Autoren im Zuge des EU-Projekts „PUSH & PULL – Parkraummanagement kombiniert mit Anreizen als erfolgreiche Strategie für energieeffizienten Stadtverkehr“ in der neuen Broschüre „16 gute Gründe für Parkraummanagement“ zusammengestellt.

Die Broschüre dient Verwaltungen als Entscheidungsgrundlage, Argumentationsleitfaden und Kommunikationshilfe in Diskussionen mit Politikern, Entscheidungsträgern, Händlern, Multiplikatoren wie Journalisten und der Bevölkerung vor Ort. Jedes Argument wird mit einer Graphik oder einem Foto visualisiert. Die wichtigsten Stichworte sowie Zahlen und Daten werden genannt und gute Umsetzungsbeispiele sowie weitere empfehlungswerte Literatur aufgeführt. Ziel ist es, Entscheidungen zu stärken, die auf den ersten Blick ‚unpopulär‘ wirken, aber nachhaltig das Parken auf und auch abseits öffentlicher Straßen lenken.

Die Online-Ausgabe der Broschüre kann im Internet heruntergeladen werden. Die Druckversion wird im Sommer 2015 erscheinen und kann – auch in größerer Stückzahl – über das Difu bestellt werden. Neben der deutschsprachigen Ausgabe der Broschüre „16 gute Gründe für Parkraummanagement“ liegt diese in 19 weiteren europäischen Sprachen vor. Darüber hinaus steht in englischer Sprache eine Broschüre über gute Praxisbeispiele und Maßnahmen für Parkraumbewirtschaftung („Push“) und Mobilitätsmanagement („Pull“) zur Verfügung.

Foto: Sebastian Bührmann

Stadt und Infrastruktur

Die neue Ausgabe der Informationen zur modernen Stadtgeschichte, IMS, beleuchtet als Themenschwerpunkt „Stadt und Infrastruktur“. Der Herausgeber Dieter Schott, Darmstadt, skizziert in seiner Einleitung zentrale Forschungsstränge in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit städtischer Infrastruktur und zeichnet in groben Zügen die „Vernetzung der Stadt“ im 19. und frühen 20. Jahrhundert als säkularen Transformationsprozess nach. In aktueller Hinsicht hebt die Einleitung die Bedeutung von Infrastrukturen im Kontext kommunaler Nachhaltigkeitspolitik hervor.

Martin Melosi, Houston, liefert einen Abriss der US-amerikanischen Forschung zur städtischen Infrastruktur und Umweltgeschichte der Stadt, die auch europäische Ansätze wesentlich geprägt hat. Die Beiträge von Ute Hasenöhl, Innsbruck, und Stefan Höhne, Berlin, fragen nach den Wirkungen städtischer Infrastrukturen für „kulturelle Urbanisierung“, d.h. den Wandel städtischer Lebensformen und urbaner Alltagskultur, die sie am Beispiel der durch moderne Beleuchtungstechniken einerseits, an der Adaption an Herausforderungen durch neue Verkehrsmittel wie New Yorks U-Bahn andererseits untersuchen. Der Beitrag der französischen Stadtforscherinnen Cyria Emelianoff und Carole Wernert fokussiert auf die „Stadtwerke“ der lothringischen Stadt Metz, die trotz der massiven Zentralisierungstendenz französischer Energie- und Infrastrukturpolitik ihre Selbstständigkeit wahren und in den letzten Jahren erneuerbare Energien fördern konnten. Antje Matern und Martin Schmidt, TU Darmstadt, fragen nach den Potenzialen und Grenzen nachhaltiger Infrastrukturversorgung im Hinblick auf die Koordination zwischen unterschiedlichen Infrastrukturbereichen am Beispiel mittelgroßer deutscher Großstädte. Das in der Forschung zu städtischer Infrastruktur üblicherweise dominante Paradigma der „Netzstadt“ wird schließlich von Jochen Monstadt, Mikael Hård und Sophie Schramm, TU Darmstadt, mit einer Studie zur Ver- und Entsorgung der tanzanischen Hauptstadt Dar es Salaam kritisch reflektiert.

Die Leitzension von Christian Zumbärgel, TU Darmstadt, über Thomas P. Hughes wegweisendes Werk „Networks of Power“ und dessen Rezeptionsgeschichte rundet schließlich den Themenschwerpunkt ab.

In der „freien Rubrik“ Forum skizziert der Beitrag von Klaus Brake und Celina Kress, TU Berlin, „Wissensorte in Berlin“ über zwei Jahrhunderte von 1810–2010. Gestützt auf Henri Lefebvres Raumbegriff analysiert Anna Pelka, München, die Großstadtentwicklung von Madrid und Barcelona unter dem Franquismus als Resultat sozialer Praktiken. Britische Stadtentwicklung oder besser -abwicklung ist das Thema im Beitrag von Jörg Arnold, Nottingham, zu geplantem Niedergang und Strategien zum Umgang mit der politisch renitenten Stadt Liverpool im ersten Kabinett von Margret Thatcher 1979–1981.

In der Rubrik „Berichte“ wird über eine Konferenz zu „Stadt und Flussumwelten in Osteuropa am Herder-Institut Marburg“ sowie über eine Tagung zu „Architektur und Kunst in der DDR“ berichtet. Weitere Berichte gelten kürzlich abgehaltenen Konferenzen über die Geschichte der Freiraumplanung im 20. Jahrhundert sowie zur Entwicklung von Hafenstädten an der Ostsee seit dem Mittelalter. Berichte über die große europäische Stadtgeschichtstagung der European Association for Urban History in Lissabon sowie Mitteilungen zu Tagungsterminen in der nahen Zukunft runden das Heft ab.



Weitere Informationen:
PD Dr. Christoph Bernhardt
E-Mail: Bernhardt@irs-net.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Niederbaumbrücke, Hamburg,
Foto: Ajepbah, Wikimedia
Commons, CC BY-SA-3.0



Lärmaktionsplanung

Difu-Paper zur Lärmaktionsplanung und zur Umsetzung von Maßnahmen der Lärminderung

Aus zahlreichen Umfragen geht hervor, dass Lärm für die Bevölkerung eine der am stärksten empfundenen Umweltbeeinträchtigungen ist. Dies ist leicht nachvollziehbar, sind doch die Auswirkungen von Lärm insbesondere in den Städten für jede und jeden von uns direkt spürbar.

Die Lebensqualität in Städten ist wesentlich durch den Lärm beeinflusst, der von Straßen, Schienenwegen, Flughäfen sowie Industrie- und Gewerbeanlagen ausgeht. Lärm verursacht auch gesundheitliche Probleme, verringert die Attraktivität öffentlicher Flächen und ist mit negativen ökonomischen Folgen verbunden – Letzteres insbesondere durch Wertverluste für die Immobilienwirtschaft und Kosten im Gesundheitswesen. Umgebungslärm zu vermeiden und zu vermindern ist daher von erheblicher Bedeutung für den Erhalt der Attraktivität von Städten als Wohn- und Aufenthaltsorte.

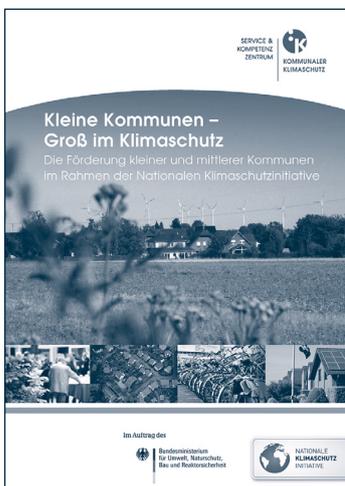
Viele Kommunen sind durch die EU-Umgebungsrichtlinie und deren Umsetzung in deutsches Recht verpflichtet, Lärmkarten aufzustellen und darauf aufbauend Lärmaktionspläne auszuarbeiten. Doch die Aufstellung eines Lärmaktionsplans allein reduziert die Lärmbelastung nicht. Auf die Maßnahmen zur Lärminderung kommt es an, doch gerade bei deren Umsetzung stehen die Kommunen häufig vor erheblichen Schwierigkeiten, die nicht nur finanzieller Art, sondern beispielsweise auch durch mangelnde Akzeptanz geprägt sind. In dem in Kürze erscheinenden Difu-Paper „Kommunale Lärmaktionsplanung – Von der Planung zur Aktion“ wird zunächst ein Überblick über die Lärmaktionsplanung und deren Umsetzung in den Kommunen gegeben. Anschließend werden anhand erfolgreicher Beispiele aus der kommunalen Praxis Möglichkeiten aufgezeigt, Maßnahmen zur Lärminderung umzusetzen.

Veröffentlichung online:

<http://bit.ly/1JSGJZr>

Weitere Informationen:

Dipl.-Geogr. Kathrin Schormüller
 Telefon: 0221/340308-11
 E-Mail: schormueller@difu.de



Klimaschutz in kleinen Kommunen

Die Förderung kleiner und mittelgroßer Kommunen im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative

Im kommunalen Klimaschutz stehen große Ballungszentren häufig im Fokus der Öffentlichkeit. Dabei zählt die Mehrzahl der deutschen Kommunen weniger als 50 000 Einwohner. Viele wegweisende Initiativen und Konzepte werden in diesen sogenannten kleinen und mittelgroßen Kommunen umgesetzt. Die Publikation „Kleine Kommunen – groß im Klimaschutz“ richtet den Blick daher auf das Klimaschutzengagement in Gemeinden und kleinen Städten. Im Fokus stehen dabei die besonderen Bedingungen, unter denen Klimaschutz hier gelingt.

Das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) informiert anhand von acht Praxisbeispielen über Chancen und Herausforderungen kleiner und mittelgroßer Kommunen im Klimaschutz. Das Aufzeigen individueller und kreativer Lösungsmöglichkeiten soll anderen Kommunen als

Vorbild dienen, ihre eigenen Vorhaben in die Tat umzusetzen. Stellen finanzielle oder personelle Engpässe ein Hindernis dar, kann die Lösung in der interkommunalen Zusammenarbeit liegen, weshalb diesem Thema ein eigenes Kapitel gewidmet ist.

Alle acht Beispiele veranschaulichen zudem, welche Möglichkeiten kleinen und mittelgroßen Kommunen über die „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen“ (Kommunalrichtlinie) des Bundesumweltministeriums (BMUB) eröffnet werden. Kommunen können ihre Klimaschutzaktivitäten mit einer geförderten Einstiegsberatung auf den Weg bringen, Klimaschutzkonzepte und deren Umsetzung fördern lassen oder Zuschüsse für investive Maßnahmen beantragen.

Veröffentlichung online:

<http://bit.ly/1crMSxV>

Weitere Informationen:

Linda Krampe, M.A.
 Telefon: 0221/340308-25
 E-Mail: krampe@difu.de

Jahresbericht gibt Einblick in die Difu-Forschung und -Fortbildung

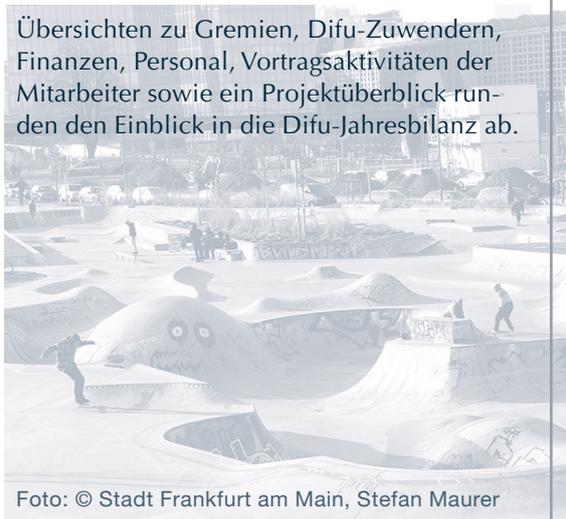
Der Difu-Jahresbericht 2014 bietet einen guten Einblick in die Forschungsprojekte, Veranstaltungen und Informationsservices des Instituts. Zudem werden in dem Bericht die Difu-Themenschwerpunkte samt Arbeitsteams mit Fotos vorgestellt.

Der Jahresbericht präsentiert anschaulich alle Institutsaktivitäten in den kommunal-orientierten Difu-Arbeitsfeldern: Städtebau und Stadtentwicklung, Wohnen, Bevölkerung und Soziales, Politik, Verwaltung und Recht, Wirtschaft, Finanzen und Investitionen, Infrastruktur, Mobilität, Kommunaler Umweltschutz, Nachhaltige Ressourcenwirtschaft, Steuerung und Aufgabenorganisation.

Darüber hinaus bietet der Bericht einen guten Einblick in sämtliche Veranstaltungsaktivitäten, die im Jahr 2014 erschienenen

Veröffentlichungen sowie Produkte des Bereichs Wissensmanagement: Internetaktivitäten und Datenbanken.

Übersichten zu Gremien, Difu-Zuwendern, Finanzen, Personal, Vortragsaktivitäten der Mitarbeiter sowie ein Projektüberblick runden den Einblick in die Difu-Jahresbilanz ab.



Veröffentlichung online:
<http://bit.ly/1K5sFfj>

Printversion:
siehe Bestellschein

Weitere Informationen:
Sybille Wenke-Thiem
Telefon: 030/39001-209
E-Mail: wenke-thiem@difu.de

16 Wege für Kommunen im Klimaschutz

Der kommunale Klimaschutz ist facettenreich und steckt voller kreativer Ideen: Dank des Engagements zahlreicher Kommunen konnten in den vergangenen Jahren Klimaschutzprojekte in verschiedensten kommunalen Bereichen erfolgreich umgesetzt werden. Um den Kreis der „Klimaaktiven“ stetig zu erweitern, ist es wichtig, das Praxiswissen erfahrener Kommunen für ein breites Publikum zugänglich zu machen. Schließlich bietet die Praxis oft die beste Inspiration.

Die neue Broschüre „16 Wege für Kommunen im Klimaschutz“ präsentiert vorbildliche Praxisbeispiele aus allen Bundesländern, die zur Nachahmung anregen sollen. Gegliedert in die Themenblöcke

- Einstiegsberatung,
- Klimaschutz(teil)konzepte,
- Klimaschutzmanagement in Kommunen und Bildungseinrichtungen sowie
- investive Klimaschutzmaßnahmen

wird ein breites Spektrum kommunaler Vorhaben sowie die Vielfalt der individuellen

Rahmenbedingungen vor Ort aufgezeigt. Die Bandbreite der vorgestellten Projekte reicht dabei vom begleiteten Einstieg in das Thema kommunaler Klimaschutz, über den Ausbau der Wärmeversorgung durch Biomasse, bis hin zur Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen für den Klimaschutz.

Alle vorgestellten Projekte wurden über die „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen“, kurz „Kommunalrichtlinie“, des Bundesumweltministeriums gefördert.

In der Reihe der Praxisbeispiele hat das „Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz“ (SK:KK) im Frühjahr 2012 bereits die Dokumentation „Erfolgreich CO₂ sparen in Kommunen“ veröffentlicht. Weitere Anregungen finden sich auf der Website des SK:KK. Unter den Titeln „Projekt des Monats“ und „Klimaschutzmanager/In des Monats“ werden regelmäßig nachahmenswerte Beispiele aus der Praxis des kommunalen Klimaschutzes präsentiert.



Veröffentlichung online:
<http://bit.ly/1PFOX1P>

SK:KK
<http://bit.ly/1ekZ84v>

Weitere Informationen:
Julius Hagelstange
Telefon: 0221/340308-24
E-Mail: hagelstange@difu.de

Gesund älter werden in der Kommune – bewegt und mobil

Bundeswettbewerb soll vorbildliche Strategien und Maßnahmen aufspüren

Zum ersten Mal lobt die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) einen Bundeswettbewerb „Gesund älter werden in der Kommune“ aus. Der Startschuss fiel am 26. Mai 2015. Alle deutschen Städte, Gemeinden und Landkreise sind aufgerufen, bis zum 24. September 2015 ihre Maßnahmen und Konzepte zum Schwerpunktthema des Wettbewerbs – der Bewegungs- und Mobilitätsförderung bei älteren Menschen – einzureichen. Mit der Betreuung des Wettbewerbs ist das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) beauftragt.

Der Wettbewerb wird von der BZgA mit Unterstützung des Verbandes der Privaten Krankenversicherung (PKV) und den kommunalen Spitzenverbänden durchgeführt. Der Wettbewerb und die damit einhergehende Würdigung der kommunalen Strategien der Gesundheitsförderung für ältere Menschen sind ein wichtiger Baustein des übergreifenden bundesweiten Programms „Älter werden in Balance“. Die BZgA startete dieses Programm im Jahr 2014 mit Unterstützung der PKV.

Die BZgA setzt auf eine umfangreiche Teilnahme. Denn Ziel des Bundeswettbewerbs ist es, hervorragende kommunale Aktivitäten im Bereich der Bewegungs- und Mobilitätsförderung bei älteren Menschen zu identifizieren und der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Eingeladen zur Teilnahme sind alle deutschen Städte, Gemeinden und Landkreise. Teilnahmeberechtigt sind außerdem Kommunalverbände sowie die Träger der kommunalen Selbstverwaltung in den Stadtstaaten. Präventionsaktivitäten Dritter (z.B. Krankenkassen, Einrichtungen der Seniorenarbeit) können als Bestandteil der Bewerbung einer Kommune berücksichtigt werden.

Gesucht werden Aktivitäten und Maßnahmen zu allen Bereichen der Bewegungs- und Mobilitätsförderung bei älteren Menschen. Hierzu zählen u.a.:

- kommunale Konzepte zur Bewegungs- und Mobilitätsförderung bei älteren Menschen,

- Maßnahmen und Angebote zur Erreichung alltagsbezogener Bewegungs- und Mobilitätsförderung bei älteren Menschen,
- Bewegungsräume/Bewegungsparcours im Quartier, in Parks und Grünanlagen,
- barrierefreie und bewegungsfördernde Gestaltung des öffentlichen Raums,
- wohnortnahe Infrastrukturen,
- (Weiter)Entwicklung und Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs,
- (Weiter)Entwicklung und Ausbau von Mobilitätshilfediensten,
- Stärkung der Gesundheits- und Bewegungskompetenz sowie des Wissens um die gesundheitliche Bedeutung körperlicher Aktivität bei älteren Menschen,
- Unterstützung von Akteuren in der Kommune bei der Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Bewegungs- und Mobilitätsförderung bei älteren Menschen.

Die Teilnahme lohnt sich. Als Anreiz zur Wettbewerbsteilnahme steht ein Preisgeld in Höhe von insgesamt 60 000 Euro zur Verfügung. Alle teilnehmenden Kommunen erhalten zudem eine Urkunde. Seinen krönenden Abschluss findet der Wettbewerb mit einer Preisverleihung im März 2016 in Berlin.



Foto: Älter werden in Balance, BZgA

Weitere Informationen und Bewerbungsunterlagen:

Deutsches Institut für Urbanistik
Wettbewerbsbüro
Gesund älter werden
Zimmerstraße 13–15
10969 Berlin

E-Mail:
gesund_aelter_werden@difu.de

Internet:
<http://www.wettbewerb-aelter-werden-in-balance.de>

Nadine Dräger (Organisation)
Telefon: 030/39001-201
E-Mail: draeger@difu.de

Dipl.-Ing. Christa Böhme
(Projektleitung)
Telefon: 030/39001-291
E-Mail: boehme@difu.de

Dr. Bettina Reimann
Telefon: 030/39001-191
E-Mail: reimann@difu.de

Leistungsfähige Infrastruktur generationengerecht finanziert

Das Beispiel der Stadt Köln

Die Stadt Köln hat sich das Ziel einer nachhaltigen kommunalen Finanz- und Infrastrukturplanung gesetzt. Die Verantwortlichen der Stadt sind der Überzeugung, dass die Wahrnehmung der kommunalen Aufgaben der Daseinsvorsorge und insbesondere deren Finanzierung langfristig nur mit Hilfe des Neuen Kommunalen Finanzmanagements und durch eine ganzheitliche Betrachtung des „Konzerns Stadt“ gesichert werden können.

Offen ist jedoch noch, wie es der „Konzern Stadt“ schaffen kann, finanzielle Handlungsfähigkeit und notwendige Investitionen in seine Infrastruktur in Einklang zu bringen, Schulden zu tilgen und gleichzeitig eine nachhaltige Stadtentwicklung zu gewährleisten. Erste Hinweise dazu lieferte eine Vorstudie, die das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) gemeinsam mit dem Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut an der Universität zu Köln

(FiFo) im Auftrag der Rheinmetropole durchgeführt hat (vgl. Schneider u.a., 2014). Aufbauend auf diesen Ergebnissen haben die Partner Difu, FiFo und Stadt Köln im April 2015 damit begonnen, die Realisierung einer nachhaltigen kommunalen Finanz- und Infrastrukturplanung vorzubereiten. In einem ersten Schritt werden die vorhandenen und notwendigen Datengrundlagen erfasst und abgeglichen, Überlegungen zum Investitionsbedarf und seinen Treibern angestellt und es werden neue methodische Ansätze (z.B. ein Tragfähigkeitskonzept für den dop-pischen Haushalt) entwickelt und erprobt.

Die Ergebnisse sollen den Ausgangspunkt für die weitere Umsetzung in Köln bilden. Darüber hinaus ist das Vorhaben inhaltlich und methodisch so angelegt, dass auch andere Kommunen von den Erkenntnissen profitieren können.

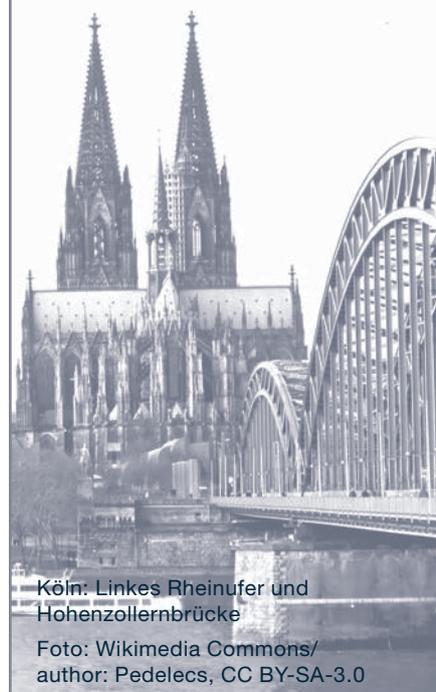
Lokale Energiewende in Ahrweiler

Zusammen mit insgesamt 13 weiteren Partnern aus Wissenschaft und Praxis ist das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) im April 2015 in das Projekt EnAHRgie (Nachhaltige Gestaltung der Landnutzung und Energieversorgung auf kommunaler Ebene – Umsetzung für die Modellregion Kreis Ahrweiler) gestartet. In den nächsten vier Jahren wird mit dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen der Innovationsgruppen im nachhaltigen Landmanagement geförderten Vorhaben ein Verfahrensansatz entwickelt, mit dem lokale Akteure die Gestaltung einer nachhaltigen Landnutzung voranbringen können. Schwerpunkt ist dabei die Energieversorgung unter Nutzung erneuerbarer Energien. Besonders berücksichtigt werden dabei mögliche Konflikte zwischen verschiedenen lokalen Interessengruppen. Der Ansatz nutzt damit die Motivation auf kommunaler Ebene und ermöglicht eine Umsetzung, die auf allen beteiligten Ebenen abgestimmt und stabil durchführbar ist.

Modellregion ist der Landkreis Ahrweiler. Die Region hat sich das Ziel einer Energieversorgung aus 100 Prozent erneuerbarer

Energie gesetzt und steht damit noch ganz am Anfang. Eine Betrachtung der Potenziale sowie der Vielzahl bestehender Nutzungskonkurrenzen (Wohnen, Tourismus, Kurbetrieb, Naturschutz und Lebensmittelanbau) ist hier von besonderer Bedeutung. Aus der Umsetzung für den Landkreis Ahrweiler wird eine allgemeine Herangehensweise als neue Systemlösung abgeleitet.

Die Arbeit des Difu umfasst zwei wesentliche Schwerpunkte: Zum einen wird der Status quo der lokalen Energiewende hinsichtlich der beteiligten Akteure, der verschiedenen spezifischen Zielstellungen, der vorhandenen Planungsstrukturen und -prozesse sowie der zu berücksichtigenden Rahmenbedingungen (z.B. dem demografischen Wandel in seinen Facetten) analysiert. Zum anderen wird das Difu gemeinsam mit den Partnern ein Instrumentarium entwickeln, mit dem die Auswirkungen einer Umstellung der Energieerzeugung und -nutzung auf erneuerbare Energien auf der Basis verschiedener Szenarien transparent gemacht werden können. Dieses soll darüber hinaus als Grundlage für einen regionalwirtschaftlichen Ausgleich nutzbar sein.



Köln: Linkes Rheinufer und Hohenzollernbrücke

Foto: Wikimedia Commons/
author: Pedelecs, CC BY-SA-3.0

Weitere Informationen:

Dipl.-Kfm. (FH)
Stefan Schneider
Telefon: 030/39001-261
E-Mail: schneider@difu.de

Veröffentlichung:

<http://bit.ly/1JWeO8h>



Weitere Informationen:

Dipl.-Kfm. (FH)
Stefan Schneider
Telefon: 030/39001-261
E-Mail: schneider@difu.de



Kloster Calvarienberg,
Bad Neuenahr-Ahrweiler

Foto: Suse, Wikimedia Commons,
CC BY-SA-3.0



Foto: Ilija Hendel/Wissenschaft im Dialog

„MS Wissenschaft“ unter dem Motto Zukunftsstadt unterwegs

Das Difu ist mit einer Umfrage nach den Zukunftsvisionen der Stadtbewohner an Bord

Die Zukunftsstadt steht im Zentrum des Wissenschaftsjahres 2015 und sie ist Thema der Ausstellung an Bord der MS Wissenschaft, die seit Mitte April für die nächsten fünf Monate in Deutschland und Österreich unterwegs ist.

Die Ausstellung widmet sich drei Fragestellungen:

- Was macht eine Stadt aus?
- Wie funktioniert eine Stadt?
- Wie machen wir unsere Städte zukunftsfähig?

Zahlreiche Forschungseinrichtungen und Hochschulen haben dazu spannende Exponate entwickelt und stellen in diesen ganz

unterschiedliche Themen – wie Mobilität und Vernetzung, Energie und Klima, aber auch Natur in der Stadt sowie neue Wohnformen – in den Fokus. Das Difu hat zu diesem Anlass eine Umfrage entwickelt, mit deren Hilfe herausgefunden werden soll, welche Wünsche und Visionen Kinder, Jugendliche und Erwachsene im Hinblick auf ihre Zukunftsstadt haben. Das Difu wird die Umfrageergebnisse im Anschluss an die Ausstellung auswerten und den jeweiligen Stadtverwaltungen übermitteln, so dass sie wissen, wie sich die befragten Bürger vor Ort ihre Zukunftsstadt vorstellen.

Der Fragebogen kann auch online ausgefüllt werden. Die Tourdaten der MS Wissenschaft sind ebenfalls im Internet veröffentlicht.

Online-Fragebogen:

www.difu.de/wissenschaftsjahr/2015/ms-wissenschaft

Tourdaten und -Orte:

www.ms-wissenschaft.de/

Weitere Informationen:

Marco Helmut Peters, M.A.
Telefon: 0221/340308-27
E-Mail: peters@difu.de

Wissensshows zur Zukunftsstadt

Sechs interaktive Wissensshows im Rahmen des Wissenschaftsjahres 2015 des BMBF

Ziel des Wissenschaftsjahres ist es, die Öffentlichkeit über aktuelle Themen aus der Wissenschaft zu informieren und stärker für Wissenschaft zu begeistern. Im Zentrum des Wissenschaftsjahres 2015 steht das Thema Zukunftsstadt. Um die Kommunikation zum Thema anzuregen, organisiert das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) sechs interaktive Wissensshows an unterschiedlichen Orten in Deutschland. Die Shows werden von den Kooperationspartnern Tobias Hülswitt und Gunther Kreis, die das Konzept entwickelt und in der Vergangenheit bereits vielfach realisiert haben, moderiert und durchgeführt.

Die Wissensshows sind als partizipatives und dialogisches Format konzipiert, bei dem Experten und Publikum miteinander ins

Gespräch kommen. Bei jeder Show stehen Referenten live als Experten vor Ort bereit, darüber hinaus werden zuvor gedrehte Interview-Sequenzen mit Experten und Laien abgespielt. Ziel der Wissensshows ist es, mit den Bürgern vor Ort in einen Diskurs zu treten und gemeinsam Visionen, Herausforderungen und Chancen der Stadt der Zukunft zu diskutieren. Was macht unsere Stadt von morgen aus? In welcher Stadt wollen wir in Zukunft leben? Durch den Austausch mit Experten und Laien werden Impulse und Ideen generiert, die in die Forschungsarbeit des Difu fließen und Anstoß für neue Forschungsfragen geben können.

Das BMBF geförderte Projekt läuft bis Januar 2016. Die Shows finden von September bis Dezember 2015 in sechs deutschen Städten live statt. Sie werden zusätzlich im Internet abrufbar sein.



Die Termine für die Wissensshows werden demnächst unter www.difu.de veröffentlicht.

Weitere Informationen:

Ulrike Vorwerk, M.A.
Telefon: 0221/340308-17
E-Mail: vorwerk@difu.de

Marco Helmut Peters, M.A.
Telefon: 0221/340308-27
E-Mail: peters@difu.de

Klimaschutz braucht Initiative!

Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) 2015 bis 2019 am Difu

Gute Nachrichten für den Klimaschutz: Kommunen erfahren auch weiterhin umfassende und zielgerichtete Unterstützung durch das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) am Difu, wo es bereits seit 2008 angesiedelt ist. Im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative wird das Vorhaben im Auftrag des Bundesumweltministeriums (BMUB) in den nächsten vier Jahren fortgeführt und weiterentwickelt. Ebenso divers wie die Zielgruppe der deutschen Kommunen gestaltet sich das neue, erweiterte Portfolio des SK:KK. Es gilt nicht nur, bereits erfolgreich Aktive in ihrem Engagement für den Klimaschutz vor Ort weiter zu unterstützen, sondern auch für weniger erfahrene Kommunen praktischer Ratgeber zu sein – ganz unabhängig von Größe, geografischer Lage, Finanzstärke und Erfahrungsschatz.

Information, Beratung, Veranstaltungen und Strategieentwicklung sind die vier Kernaufgaben des SK:KK. Die Beratungsleistungen konzentrieren sich weiterhin auf die Kommunalrichtlinie des BMUB und umfassen darüber

hinaus Informationen zu weiteren klimaschutzrelevanten Förderprogrammen und Handlungsmöglichkeiten auf nationaler, Landes- oder EU-Ebene. Anfragen beantwortet das SK:KK schriftlich, persönlich und telefonisch. Aktuelle Termine, Neuigkeiten, Handreichungen sowie weitere zielgruppenspezifische Informationen zum kommunalen Klimaschutz bietet auch in Zukunft das Internetangebot des SK:KK. Auf zahlreichen Veranstaltungen, die bundesweit kostenlos stattfinden, informiert, berät und vernetzt das SK:KK in bewährter, aber auch in neuer Art und Weise: Veranstaltungsformate für unterschiedliche Zielgruppen, wie kommunale Entscheidungsträger, regionale Multiplikatoren oder Akteure der Bundesländer, erweitern das Angebot. Seinen breiten Wissens- und Erfahrungsschatz stellt das SK:KK der Steuerungsebene im kommunalen Klimaschutz zur Verfügung und berät das BMUB. Durch seine Expertise als langjähriger Ansprechpartner für im Klimaschutz aktive Kommunen trägt das SK:KK somit zur Weiterentwicklung des Politikfeldes bei.

Forschungsverbund PartKommPlus

Gesunde Kommunen durch integrierte, partizipative Strategien der Gesundheitsförderung

Der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Forschungsverbund PartKommPlus untersucht im Zeitraum von 2015 bis 2018, wie integrierte kommunale Strategien zur Gesundheitsförderung erfolgreich entwickelt und umgesetzt werden können. Hierfür werden acht kommunale Fallstudien in sechs verschiedenen Bundesländern (Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Niedersachsen) durchgeführt. Die Ergebnisse aus den Fallstudien werden in Kolloquien zusammengeführt und die Erkenntnisse an die lokale Ebene vermittelt. Methodisch verfolgt PartKommPlus den Ansatz der partizipativen Gesundheitsforschung.

Das Difu geht im Forschungsverbund speziell der Frage nach, wie die Entwicklung und Umsetzung integrierter kommunaler Strate-

gien der Gesundheitsförderung – im Sinne von Governance – kooperativ gesteuert werden können. Es sollen Qualitätsstandards und Handlungsempfehlungen für die Kommunen erarbeitet werden. Ein besonderer Fokus liegt dabei – nicht zuletzt vor dem Hintergrund des voraussichtlich Anfang 2016 in Kraft tretenden Präventionsgesetzes – auf der Zusammenarbeit von Kommunen und Krankenkassen.

Am Verbund sind neben dem Difu u.a. folgende Partner beteiligt: Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin (Koordination des Forschungsverbundes), Alice-Salomon-Hochschule, Hochschule Esslingen, Hochschule Fulda, Gesundheit Berlin-Brandenburg, Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen, Robert Koch-Institut.



Weitere Informationen:

Julius Hagelstange
Telefon: 0221/340308-24
E-Mail: hagelstange@difu.de
Internet:
www.klimaschutz.de/
kommunen



Foto: Wolf-Christian Strauss

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Christa Böhme
Telefon: 030/39001-291
E-Mail: boehme@difu.de

Dr. rer. soc. Bettina Reimann
Telefon: 030/39001-191
E-Mail: reimann@difu.de

Modellvorhaben der Raumordnung

Digitale Infrastruktur als regionaler Entwicklungsfaktor



Mit dem Aktionsprogramm „Modellvorhaben der Raumordnung“ (MORO) unterstützt das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) die praktische Erprobung und Umsetzung innovativer, raumordnerischer Handlungsformen und Instrumente in Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Praxis, d.h. mit Akteuren vor Ort in den Regionen. Im Rahmen eines neuen MORO sollen nun Modellvorhaben zum Thema „Digitale Infrastruktur als regionaler Entwicklungsfaktor“ initiiert und in der regionalen Umsetzung begleitet werden.

Akteure aus unterversorgten Regionen werden dabei unterstützt, die kommunale/regionale Breitbandversorgung eigeninitiativ zu verbessern. Über *MOROdigital* sollen dafür Ausgangspunkte für Lösungen und Kompromisse gefunden werden. Insgesamt acht Modellregionen zum Thema sind geplant. Die atene KOM GmbH und das Deutsche Institut für Urbanistik wurden dafür als Transferagentur beauftragt. Die Transferagentur wird dieses Modellvorhaben im Auftrag der Raumordnung des Bundesministeriums für Verkehr

und digitale Infrastruktur (BMVI) initiieren, die ausgewählten Modellvorhaben organisatorisch und fachlich begleiten und die Ergebnisse dieses Prozesses evaluieren. Darüber hinaus führt sie Fachtagungen und Transferwerkstätten zum Erfahrungs- und Informationsaustausch durch.

Ein MORO-Newsletter, der regelmäßig über wichtige Neuigkeiten und Veranstaltungen informiert, kann unter service@atekom.eu abonniert werden.

Am 10. Juni 2015 findet im BMVI in Berlin die öffentliche Fachtagung zu *MOROdigital* statt. Im Rahmen dieser Fachtagung sollen wesentliche Aspekte des Breitbandausbaus in ländlichen Regionen aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet werden. Beispiele aus der Praxis stehen dabei ebenso im Fokus wie die Möglichkeit zur Diskussion und zum Informationsaustausch zwischen den Teilnehmern. Gleichzeitig werden die wesentlichen Eckpunkte, Anforderungskriterien und Abläufe für die Auswahl und Begleitung der acht Modellregionen präsentiert.

Weitere Informationen:

Ansprechpartner:
atene KOM GmbH
Jana Brauckmüller
Telefon: 030/6098990-14
E-Mail:
j.brauckmueller@atekom.eu

Deutsches Institut für
Urbanistik
Dr. Holger Floeting
Telefon: 030/39001-221
E-Mail: floeting@difu.de

Baukulturbericht 2016/17

Die Bundesstiftung Baukultur hat das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) mit dem „Baukulturbericht 2016/17 – Fokus: Stadt und Land“ beauftragt. Unterstützt wird das Difu bei der Bearbeitung von der Planungsgruppe „Stadt und Dorf“. Nachdem der Vorgängerbericht, welcher ebenfalls vom Difu in Zusammenarbeit mit der TU Berlin bearbeitet wurde, den Fokus auf Baukultur in (Groß-) Städten gelegt hat, werden nun kleine und mittlere Städte sowie ländliche Räume zum Gegenstand der Betrachtung.

Ausgewählte Fokusthemen sind in diesem Zusammenhang „Vitale Gemeinden“, „Infrastruktur und Landschaft“ und „Planungskultur und Prozessqualität“. Gute Beispiele zu den Themen werden aus den drei Baukultur-Werkstätten „generiert“, welche die Stiftung im Zeitraum der Berichterstellung veranstaltet. Zusätzlich sind umfangreiche Recher-

chen sowie Experteninterviews geplant. Auch eine Kommunalbefragung sowie die Verzahnung mit den Ergebnissen einer Öffentlichkeitsbefragung bilden wie im Vorgängerbericht wesentliche Bausteine der Bearbeitung.

Der Baukulturbericht 2016/17 ergänzt die Ergebnisse des Vorgängerberichts zu einer Reihe, welche die unterschiedlichen Herausforderungen für die Baukultur in den unterschiedlichsten Räumen und Gemeindetypen im Land umfassend darstellt. Adressaten des Berichts sind die Bundesregierung, der Deutsche Bundestag sowie die interessierte Fachöffentlichkeit. Entsprechend wird der Baukulturbericht Handlungsempfehlungen beinhalten, die sich an die Politik, an Institutionen und zahlreiche Akteure im Land richten. Das Projekt läuft bis April 2016.



Stadt Gotha
Foto: Wolf-Christian Strauss

Weitere Informationen

Dipl.-Ing. Daniela Michalski
Telefon: 030/39001-270
E-Mail: michalski@difu.de

Instrumente für ein klimagerechtes Flächenmanagement in Kommunen

Die Bundesregierung hat in ihrer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie das Ziel festgelegt, die Inanspruchnahme weiterer Flächen durch Siedlung und Verkehr bis zum Jahr 2020 auf 30 Hektar pro Tag zu reduzieren. Tatsächlich werden jedoch in Deutschland derzeit noch täglich etwa 76 Hektar für neue Siedlungs- und Verkehrsflächen in Anspruch genommen. Das hat vor allem auch negative Auswirkungen auf die Belange von Klimaschutz und Klimaanpassung, so dass ein effektives Flächenmanagement in den Kommunen immer drängender wird. Das Umweltbundesamt hat das Büro „BKR Aachen Noky & Simon“ aus Aachen mit einer Studie zu „Anforderungen an ein klimagerechtes Management kompakter Siedlungs- und Infrastrukturflächen“ beauftragt. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) und das Wuppertal Institut sind Unterauftragnehmer und werden ausgewählte Themenbereiche des Projekts bearbeiten.

Gegenstand der Untersuchung werden die unterschiedlichen Instrumente sein, die den Kommunen für ein klimagerechtes Flächenmanagement zur Verfügung stehen. In den Blick genommen werden sowohl informelle, planerische Instrumente wie auch PC-gestützte Tools. Sie werden daraufhin bewertet, inwieweit sie die Kommunen bei der Reduzierung der Flächeninanspruchnahme zielorientiert unterstützen und der Verzahnung mit den Belangen von Klimaschutz und Klimaanpassung gerecht werden. Das Projekt läuft von Januar 2015 bis September 2017.

Weitere Informationen

Dipl.-Ing. Daniela Michalski

Telefon: 030/39001-270

E-Mail: michalski@difu.de



Berlin-Schöneberg

Foto: Wolf-Christian Strauss

Was ist eigentlich ... ein Flüchtling und was ein Asylbewerber?

Nach der Genfer Flüchtlingskonvention werden als Flüchtlinge nicht nur politisch Verfolgte anerkannt, sondern auch Menschen, „die gezwungen sind, ihr Land zu verlassen, um Zuflucht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, politischen Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe zu suchen“.

„Kontingentflüchtlinge“ aus Krisenregionen werden im Rahmen von humanitären Hilfsaktionen in Deutschland aufgenommen. Sie werden in festgelegten Anzahlen gleichmäßig auf die einzelnen Bundesländer verteilt, daher die Bezeichnung „Kontingentflüchtling“.

Asylbewerber sind Menschen, die bei einem Land, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, um Asyl, also um Aufnahme und Schutz vor politischer oder sonstiger Verfolgung ersuchen.

Mit Hilfe des „Königsteiner Schlüssels“ werden in Deutschland die Höhe der Finanzierungsbeiträge der Länder an gemeinsamen Aufgaben sowie die Zahl der aufzunehmenden Asylbewerber festgelegt. Der Anteil an Asylbewerbern, den ein Land danach tragen muss, richtet sich nach dem Steueraufkommen, das zu zwei Drittel gewichtet wird sowie der Bevölkerungszahl, die zu einem Drittel gewichtet wird.



Asylbewerberheim, Berlin
Foto: Peter Kuley, Wikimedia
Commons, CC BY-SA-3.0

Veranstaltungsvorschau

Weitere Infos, Einzelprogramme und Anmeldung:

AG Fachtagungen Jugendhilfe

Claudia Euler (J)
Telefon: 030/39001-136
E-Mail: euler@difu.de

Difu-Ansprechpartnertreffen

Cornelia Schmidt (P)
Telefon: 030/39001-208
E-Mail: schmidt@difu.de

Difu-Seminare

Fortbildungssekretariat (S)
Telefon:
030/39001-258/259/148
E-Mail: fortbildung@difu.de

Fahrradakademie sowie kommunal mobil:

Simone Harms (F)
Telefon: 030/39001-132
E-Mail: harms@difu.de

Internationale Kommunale Klimakonferenz

Konferenzsekretariat:
adelphi
Linda Mattigk, Gregor Grüttner
Telefon: 030/890 00 68-18/-12
E-Mail: contact@icca2015.org

Service- und Kompetenzzentrum Klimaschutz

Katja Kreuziger (K)
Telefon: 030/39001-219
E-Mail: kreuziger@difu.de

Luise Wildermuth (K)
Telefon: 0221/340308-306
E-Mail: wildermuth@difu.de

Die Kürzel in Klammern stehen für die Ansprechpartnerin zur jeweiligen Veranstaltung

Details und Einzelprogramme stets aktuell im Difu-Internet:

<http://www.difu.de/veranstaltungen>

Sicherer Radverkehr in Klein- und Mittelstädten – StVO und VwV-StVO in der kommunalen Praxis

16. Juni, Würzburg (Workshop) (F)

kommunal mobil: Umweltverträglicher Wirtschaftsverkehr in Städten. Wer oder was bringt's wirklich?

18.–19. Juni, Dessau (Fachtagung), (F)

Von Kommunen für Kommunen: Das aktuelle europäische Beihilferecht in der Praxis

22.–23. Juni, Berlin, (S)

Ansprechpartnertreffen 2015

Jahrestreffen der Kontaktpartner der Difu-Zuwanderstädte/-verbände/-planungsgemeinschaften (Exklusiv-Veranstaltung für Difu-Zuwander)
25.–26. Juni, Berlin, (P)

Klimaschutz und interkommunale Kooperation: gemeinsam statt einsam

9. Juli, Fulda, (K)

Umsetzung von Maßnahmen zur Lärm-minderung: Synergien durch integrierte Ansätze

1.–2. September, Berlin, (S)

Sicherer Radverkehr in Klein- und Mittelstädten – StVO und VwV-StVO in der kommunalen Praxis

9. September, Lüneburg (Workshop), (F)

Bedeutung von Community Center für die Stadtteilentwicklung

14.–15. September, Berlin, (S)

Sicherer Radverkehr in Klein- und Mittelstädten – StVO und VwV-StVO in der kommunalen Praxis

15. September, Reutlingen (Workshop), (F)

Spielen, Trinken, Feiern – Sichere Städte und städtische Vielfalt: Wie passt das zusammen?

17.–18. September, Berlin, (S)

Erfahrungsaustausch Beteiligungskultur: Kommunale Beteiligungskultur – nicht ohne Leitlinien der Bürgerbeteiligung?

23.–24. September, Wiesbaden, (S)

Internationale Kommunale Klimakonferenz – Kommunen gestalten die Zukunft (International Conference on Climate Action, ICCA – Local Governments Driving Transformation)

1.–2. Oktober, Hannover

Nachhaltiges Flächenmanagement in der Stadtentwicklung

1.–2. Oktober, Berlin, (S)

Zukunftsfähige Hilfen zur Erziehung zwischen Einzelfallhilfe und Lebensweltorientierung

8.–9. Oktober, Berlin, (J)

Interkulturelle Öffnung der Verwaltung – Herausforderung und Chance für die Kommunen

8.–9. Oktober, Stuttgart, (S)

Neue Mobilitätskonzepte und regionale Kooperation – Neue Herausforderungen für die Aufgabenträger

12.–13. Oktober, Berlin, (S)



Foto: Wolf-Christian Strauss

Vom Energiebeauftragten zum Energiemanager

20. Deutscher Fachkongress für kommunales Energiemanagement in Hannover

Zum Erreichen des Klimaschutzziels 2020 müssen laut Bundesregierung noch rund acht Prozent CO₂ zusätzlich eingespart werden. Mit konsequentem Energiemanagement können Kommunen hier einen wichtigen Beitrag leisten. Wie dieser aussehen könnte und was Kommunen in den vergangenen 20 Jahren durch Energiesparen und Klimaschutz bereits geleistet haben, stand im Mittelpunkt eines zweitägigen Fachkongresses am 27. und 28. April in Hannover. Veranstaltet wurde der „Jubiläumskongress“ vom Difu gemeinsam mit den Gastgebern Landeshauptstadt und Region Hannover. Rund 200 vorwiegend kommunale Experten nutzten die Gelegenheit zum intensiven Fach- und Erfahrungsaustausch. Dazu standen ihnen 20 unterschiedliche Workshops der Themenbereiche Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Energie im Gebäudemanagement sowie Kooperation, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit zur Auswahl. Kooperationspartner des Kongresses sind der Arbeitskreis „Energiemanagement“ des Deutschen Städtetages und die kommunalen Spitzenverbände. In diesem Jahr gab es zusätzliche „regionale Unterstützung“ von der Avacon AG, dem Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz, enercity und proKlima – Der enercity-Fonds.

Hauke Jagau, Präsident der Region Hannover, eröffnete die Veranstaltung und unterstrich die Bedeutung der Kommunen für den erfolgreichen Klimaschutz. Michael Lindenthal vom Niedersächsischen Umweltministerium verwies auf das Klimaschutzziel von Stadt und Region, bis 2050 klimaneutral zu sein. So sei es kein Zufall, dass am 1. und 2. Oktober in Hannover die Internationale Klimakonferenz – gemeinsame Konferenz von Bundesumweltministerium, Landesumweltministerium Niedersachsen und Difu – stattfinden werde. Moderatorin Cornelia Rösler vom Difu warf einen kurzen Blick zurück auf die Anfänge und Entwicklung des Deutschen Fachkongresses und des kommunalen Energiemanagements. In der ersten Runde mit 50 Teilnehmern im Jahr 1995 in Frankfurt gab es – im Gegensatz zu heute – fast ausnahmslos männliche Teilnehmer. Seit 2003 steht der Kongress jeweils unter einem aktuellen Schwerpunktthema. Die Teilnehmer-

zahl liegt inzwischen bei rund 200 Personen. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass immer mehr Kommunen mittels eines Energiebeauftragten Energiemanagement eingeführt, ausgebaut und weiterentwickelt haben. Mit Blick auf die Zunahme rechtlicher Regelungen, der Weiterentwicklungen im technischen Bereich und neuen Herausforderungen durch die Energiewende sowie wachsende Anforderungen im Klimaschutz, hat das Energiemanagement intern und extern kontinuierlich an Bedeutung gewonnen. Dieser Auffassung war auch Hans Mönninghoff, ehemals Umweltdezernent in Hannover. Für Stadt und Region Hannover machte er sieben Klimaschutz-Erfolgsfaktoren aus. Mit einem Science Slam gab Martin Buchholz von der TU Braunschweig eine lehrreiche und kurzweilige Nachhilfestunde in Thermodynamik.

Beim abschließenden Podiumsgespräch stand die Frage nach der „Zukunft des kommunalen Energiemanagements und der kommunalen Energiepolitik“ im Mittelpunkt. Detlef Raphael vom Deutschen Städtetag forderte eine stringendere Koordinierung der Energieeffizienzpolitik. Bundesumwelt- und Bundeswirtschaftsministerium müssten gemeinsam mit den vielen Akteuren arbeiten. Um die Menschen zu energetischen Sanierungsmaßnahmen zu bewegen, müsse eine von der Politik geförderte, technologieoffene Beratung aus einer Hand über die Kommunen angeboten werden. Timm Fuchs vom Deutschen Städte- und Gemeindebund wies auf die Bedeutung von Glaubwürdigkeit der Politik hin. Es gelte, realistische Klimaschutzziele zu formulieren, diese finanziell umsetzbar zu machen, über Landesgrenzen hinaus zu denken und die nationalen den europäischen Zielen anzupassen. Für länderübergreifende Gesetze, besonders für verlässliche Rahmenbedingungen sprach sich Dr. Stephan Tenge, Avacon AG, aus. Aufgrund von Lebensdauer und Reichweite der Leitungen seien Energieversorger auf Investitionssicherheit angewiesen. Für einen schnelleren Netzausbau plädierte Thorsten Bludau vom Niedersächsischen Landkreistag: Als Erzeugerland von Windkraft sei Niedersachsen darauf angewiesen. Eine Schlüsselrolle für erfolgreichen Klimaschutz wies er zudem der energetischen Sanierung im Bestand zu.



Weitere Informationen:
Dipl. Ing. Cornelia Rösler
Telefon: 0221/340308-18
E-Mail: roesler@difu.de

Anna Hogrewe-Fuchs
Telefon: 0221/340308-16
E-Mail:
hogrewe-fuchs@difu.de



Mathilde Killisch, Diakonisches Werk Oderland-Spree, mit Jugendlichen aus dem Projekt ALREJU



Prof. Dipl.-Ing. Martin zur Nedden, Dr. Stephan Articus, Johannes Horn, Dr. Heike Schmid-Obkirchner, Uta Rieger



Dr. Stephan Articus, Deutscher Städtetag



Dr. Helmut Hinze, Ulrike Schwarz, Regina Offer, Johannes Horn, Miriam Pilz, Dr. Herbert Wiedermann

Einfach nur ein junger Mensch sein

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Kinder- und Jugendhilfe

Den Kindern eine Stimme geben

„Ich komme aus Afghanistan und bin seit einem Jahr in Deutschland. Wegen des Krieges musste ich mein Heimatland verlassen. Ich war ein normales Kind und hatte mit meinen Eltern in unserer Gesellschaft ein normales Leben. Als ich meinen Onkel, meine Brüder und andere durch Selbstmordattentate verloren hatte, war ich der letzte Sohn meiner Mutter. Ich war selbst durch diese Explosion verletzt. Meine Mutter sagte mir, ich müsste dieses Land verlassen, weil sie mich nicht auch noch verlieren wollte. Ich wollte einfach weiterleben und nicht sterben. Als ich nach Deutschland gekommen war, wünschte ich mir zuerst, dass ich irgendwo bleiben könnte, wo es keinen Krieg und keinen Streit gibt und wo man in Ruhe leben kann und keinen Stress hat. Ich wollte nur ein Dach über dem Kopf und ein Bett, nicht mehr. Als ich herkam, sah ich, dass ich hier die Gelegenheit habe zu lernen. Mein Ziel ist es, mein Abitur zu machen und Arzt zu werden, um den Leuten zu helfen und auch meinem Heimatland zu helfen, dass die Leute nicht irgendwann alle wegen des Krieges heraus müssen.“ *Safiullah Wardak, 17 Jahre alt, Jugendprojekt ALREJU, Diakonisches Werk Oderland-Spree, Fürstenwalde*

Kommunale Strategien zur Integration junger Einwanderer entwickeln

Am 23. und 24. April 2015 fand die Tagung „Angekommen in Deutschland. Und nun? Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Kinder- und Jugendhilfe“ in Berlin statt, die von der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag veranstaltet und vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Berlin, gefördert wurde. 220 Fachkräfte diskutierten über eine Vielzahl fachpolitischer Fragen und insbesondere über die geplante Gesetzesänderung zur bundesweiten Umverteilung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (UMF) in andere Bundesländer und Kommunen. Prof. Martin zur Nedden, Wissenschaftlicher Direktor des Difu, sagte zu Beginn, „wir sollten uns immer wieder bewusst machen, dass gerade die Fähigkeit der Integration und die Eigenschaft, soziale Integration zu ermöglichen, Zuwanderer angezogen hat und diese nun ihrerseits ein sehr wichtiges Ele-

ment der positiven Entwicklung von Städten waren und bis heute sind.“ Dies für die Zukunft – auch mit der Aufnahme und Integration unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge – sicherzustellen, sollte unser Anliegen sein.

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufnehmen, fördern und integrieren!

Dr. Stephan Articus, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städtetages, sagte in seinem Grußwort, die Zuwandererproblematik sei eine der menschlich drängendsten Probleme, umso wichtiger sei es, dass wir uns damit befassen. 2015 würden nach einer Prognose des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge bis zu 400 000 Zuwanderer nach Deutschland kommen. Die Gesellschaft sei aufgefordert, sich der empathischen Aufnahme von Flüchtlingen zu stellen. Das heiße, sich nach außen solidarisch zeigen und nach innen radikalen Bewegungen den Nährboden zu entziehen. Zum Stichtag 21.12.2014 lebten ca. 18 000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Deutschland, im vorläufigen Schutz oder in Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe und ihre Zahl wachse ständig. Die Zuständigkeit für ihre Versorgung richtet sich nach dem Ort der Ankunft, also ihrer Inobhutnahme. Eine interne Umfrage des Deutschen Städtetages bei der Konferenz der Leiter der Großstadtjugendämter zeige die Dramatik, die diese Zuständigkeitsregelung für einzelne Städte hat, z.B. für München, Hamburg, Frankfurt am Main, Aachen, Freiburg und viele weitere Städte in grenznahen Gebieten. Die große Belastung einiger Jugendämter hat zu einem Eckpunktepapier des BMFSFJ zur Verteilung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge auf mehr Jugendämter geführt, um eine jugendhilfeedäquate Unterbringung und Versorgung sicherzustellen. Gleichzeitig müsse auch das Kindeswohl beachtet werden. Die Jugendämter können die schwierige Aufgabe aber nicht allein bewältigen. Sie sind auf professionelle Netzwerke und ehrenamtlich Engagierte angewiesen.

Hinter den Zahlen stecken Schicksale

Dr. Heike Schmid-Obkirchner, Leiterin des Referats Rechtsfragen der Kinder- und Jugendhilfe, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin, stellte in ihrem Grußwort die Eckpunkte des „Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung,

Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher“ vor. Der Gesetzesentwurf habe drei zentrale Ziele. „Er soll erstens die Situation junger Flüchtlinge deutschlandweit verbessern und die Rechte dieser jungen Menschen stärken. Er soll zweitens das Kindeswohl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in Unterbringung, Versorgung und Betreuung sicherstellen und drittens die Belastung der Kommunen gerechter verteilen.“ Zudem bestehe der Gesetzesentwurf aus unterschiedlichen Regelungsbereichen, dies betreffe:

- die Klarstellung, „dass ausländische Kinder und Jugendliche unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus Zugang zu Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe erhalten sollen“;
- die Aufnahmepflicht aller Bundesländer im Hinblick auf unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die ein bundesweites und landesinternes Verteilungsverfahren – ausgerichtet am Kindeswohl und dem besonderen Schutzbedürfnis unbegleiteter Minderjähriger – ermöglicht, unter Beibehaltung des Primats der Kinder- und Jugendhilfe bzw. der Primärzuständigkeit des Jugendamtes für Erstversorgung, Unterbringung, Clearingverfahren und an die Inobhutnahme anschließenden Hilfeleistungen für unbegleitete ausländische Minderjährige;
- die Maßgabe, dass die Verteilung an ein Jugendamt erfolgt, das geeignet ist, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge entsprechend ihrer besonderen Bedarfslage und ihrem besonderen Schutzbedürfnis aufzunehmen und zu betreuen. Es sei Aufgabe der Länder zu entscheiden, welche Jugendämter in Frage kommen und wie dies landesintern gestaltet wird. Da in einigen Ländern und Kommunen erst Voraussetzungen für eine Aufnahme geschaffen und Kompetenzen aufgebaut werden müssen, sei eine Übergangsphase von einem halben Jahr zur Vorbereitung auf die Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen geplant.
- Anhebung der Altersgrenze zur aufenthalts- und asylrechtlichen Handlungsfähigkeit von 16 auf 18 Jahre: Damit werden die 16- bis 18-Jährigen auch im Ausländerrecht wie Minderjährige behandelt.

Ein integriertes Gesamtkonzept für Aufnahme, Betreuung und Integration der UMA fehlt

Die Podiumsdiskussion „Aktueller Stand der gesetzlichen (Neu)Regelungen. Podiumsdiskussion über die Umsetzung in Politik + Praxis“ moderierte Regina Offer, Hauptreferentin, Deutscher Städtetag, Berlin.

Sie sprach mit Dr. Helmut Hinze, Leiter, Jugendhaus Berlin-Friedrichshain, Johannes Horn, Jugendamt Düsseldorf, Simone Pilz, Jugendamt Dresden, Ulrike Schwarz, Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V., Berlin, sowie Dr. Herbert Wiedermann, Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, Hamburg.

Ulrike Schwarz gab zu bedenken, dass eine Umverteilung der UMF, wie im Gesetzesentwurf vorgesehen, eventuell nicht dem Kindeswohl entsprechen könnte, da er keine Aussagen zum Strukturaufbau in Regionen, die bisher kaum mit dieser Zielgruppe befasst waren, enthalte. Zudem existieren kein bundesweites Aufnahmekonzept und keine verbindlichen Aussagen, wie Kommunen bei der Erfüllung dieser Aufgabe finanziell unterstützt werden können. Die Einhaltung von jugendhilfegerechten Standards koste Geld. Es werde bezahlbarer Wohnraum gebraucht, der in vielen Großstädten knapp sei sowie Fachkräfte, die vorbereitet und geschult im Umgang mit UMF sind.

Intensiv wurde diskutiert, ob es bundeseinheitliche Standards für die Aufnahme, Betreuung und Integration der UMF geben muss. Dr. Wiedermann betonte, dass der Zuzug von Flüchtlingen nach Deutschland die sozialpolitische Herausforderung der nächsten Jahre sein werde und die Kosten bezahlt werden müssten. Noch sei nicht klar, wie eine echte Integration in den Kommunen erfolgen soll, bisher gehe es zunächst um eine Erstaufnahme und Notversorgung. Ein integriertes Gesamtkonzept sei notwendig. Es sei jetzt an der Zeit, dass Kommunen, die diese Strukturen nicht haben, sich darauf vorbereiten und Fachkräfte qualifizieren. Dies in relativ kurzer Zeit zu leisten, sei eine Frage der Vernetzung der Jugendhilfe und der Solidarität untereinander.

Es sind menschliche, humanitäre und jugendpolitische Fragen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Wenn in Fachlichkeit investiert werde, steigen auch die Chancen unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge auf eine echte Integration.

Die Dokumentation der Tagung wird im III. Quartal 2015 in der Schriftenreihe „Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe“ veröffentlicht.



Dr. Heike Schmid-Obkirchner, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin; Uta Rieger, UNHCR – The UN Refugee Agency, Nürnberg



Ursula Gräfin Prасhma, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg



Michael Stenger, SchlaU-Schule (Schulanaloger Unterricht für junge Flüchtlinge), München

Fotos: Rita Rabe, Difu, Berlin

Weitere Informationen:

Dipl.-Soz. Kerstin Landua
AG Fachtagungen
Jugendhilfe im Difu
Telefon: 030/39001-135
E-Mail: landua@difu.de

Wohin mit den Fernbuslinien in der Stadt?

Weitere Informationen:

Dipl.-Volkswirt Tilman Bracher

Telefon: 030/39001-260

E-Mail: bracher@difu.de

Angela Kohls

Telefon: 030/39001-151

E-Mail: kohls@difu.de

Seit der Neuregelung des inländischen Fernbuslinienverkehrs zum 1.1.2013 verkehren immer mehr Fernbusse zwischen den deutschen Städten. Die Kommunen hatten kaum Zeit, sich auf die durch die Novelle des Personenbeförderungsgesetzes verursachten Auswirkungen ausreichend vorzubereiten. Die Zahl der Linien und Abfahrten übersteigt längst das Angebot der Bahn, die Preise sind niedriger, die Fahrzeiten länger. Der Fernbus hat sich innerhalb kürzester Zeit als innerdeutsches Verkehrsmittel etabliert. Während 2013 beim ersten Difu-Fernbusseminar noch intensiv über das „ob“ von Fernbussen und Haltestellen in Innenstädten diskutiert wurde, ging es beim zweiten im März 2015 in Kooperation mit dem Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer (bdo) in Mannheim organisierten Seminar nur noch um Fragen des „wie“: Wie wird sich der Markt weiter entwickeln, welche Lösungen gibt es für die Fernbushaltestellen in den Städte? Welche Strecken und Lagen werden bevorzugt und welche Kundengruppen fahren Bus?

Die damaligen „Start-ups“ MeinFernbus und Flixbus fusionierten gut ein Jahr später zum Marktführer (zuletzt 74 Prozent Marktanteil) und stocken ihre Flotte weiterhin auf. Die Wettbewerber DB AG (u.a. Berlinienbus und IC-Bus) und Postbus zogen nach. Neben dem Preisvorteil schätzen die jungen und älteren Nutzer vor allem kostenloses WLAN an Bord, umsteigefreie Verbindungen, Fahrradmitnahme und ansprechbares Fahrpersonal. Ab 2016 sollen dann neue und ab 2020 alle Fernbusse barrierefrei und mit je zwei Rollstuhlplätzen ausgerüstet sein – wobei die Haltestellen noch keineswegs barrierefrei sind. Vielerorts ist die Situation noch unbefriedigend: Halten und Gepäckeinladen auf der Straße, Haltestellen ohne WC, Kiosk oder Abfahrtstafeln, fehlende Parkplätze und Busstellplätze, Lärm und unzureichende Entsorgungsmöglichkeiten für Bordtoiletten.

Entscheidern und Genehmigungsbehörden fehlen oft klare Vorgaben und Erfahrungen: beispielsweise zum Bedarf an Bussteigen. Die Zahl der Liniengenehmigungen gibt darüber keine Auskunft, da viele Linien nicht oder nicht täglich genutzt werden und ungenutzte Genehmigungen nicht verfallen. Andererseits werden fahrplanmäßige Abfahrten auch durch mehrere Busse bedient. So reicht in Mannheim ein Terminal mit sieben flexibel anfahrbaren Bussteigen, mit kurzen Halten

zum Ein- und Ausstieg, während in Bremen, wo auch Buslinien enden, im neuen Fernbuskonzept für 19 Busse in der Spitzenstunde 19 Bussteige geplant sind.

Kommunale Aufgaben

In den Kommunen gilt es, die Fernbuslinien sinnvoll zu integrieren und zu lenken. Kapazität und Service vieler vorhandener ZOBs reichen nicht aus oder Standorte und Betreibermodelle sind nicht optimal. Hinzu kommt die Unsicherheit, ob und zu welchem Preis die „Privaten“ dort halten werden, weshalb ein rentabler kommunaler Betrieb oft unrealistisch ist. Anders ist die Situation an wirtschaftlich attraktiven Standorten. Hier bietet sich die DB-Tochter „Station und Service“ als erfahrener Partner für (Bus-)Bahnhöfe an. Allerdings wurde eine Privilegierung DB-eigener Buslinien beobachtet und befürchtet.

Fernbushalt:

Autobahn oder Innenstadt?

Fast einhellig berichteten die mehr als 40 Seminarteilnehmer, dass sich Kunden und Unternehmen ihren Fernbushalt direkt in der Innenstadt wünschen: gut erreichbar auch aus dem Umland, am Hauptbahnhof oder einem ÖPNV-Knoten. Kommunen haben dort jedoch häufig keinen Platz. Die Nutzung vorhandener, ideal gelegener ZOBs scheitert oft an der Zweckbindung der investierten GVFG-Mittel für den Nahverkehr oder am Widerstand der eingesessenen ÖPNV-Betriebe. Dezentrale Haltestellen an Autobahnen oder am Flughafen scheinen nur ausnahmsweise sinnvoll zu sein, um vorbeifahrende Linien anzubinden, denn sie sind schlechter erreichbar als die Innenstadt und es gibt kaum Umsteiger aufs Flugzeug.

Rechtsrahmen und Strategie

Viele Kommunen beklagen Lücken im Rechts- und Finanzierungsrahmen: Planung, Bau und Betrieb von Busbahnhöfen erfordern kommunales Engagement (Kommunen sind jedoch nicht für Fernverkehr zuständig), ungenutzte Liniengenehmigungen verfallen nicht und Busunternehmen können nicht verpflichtet werden, an geeigneten Haltestellen zu halten und Stationsgebühr zu zahlen. Da Kommunen nicht auf bessere Gesetze und neue Finanzierungsinstrumente warten können, sollten Aufgabenträger des Nahverkehrs Umsteigepunkte am Bahnhof/ZOB suchen und kommunalen Flächen und Betreiberkonzepte entwickeln sowie ÖPNV-Anbindungen sichern.



Foto: Tilman Bracher

Wie gelingt es, die Verkehrsmittelwahl zu beeinflussen?

Vom motorisierten Individualverkehr gehen nach wie vor zu hohe Belastungen auf die Städte aus: Lärm- und Luftschadstoffe haben gesundheitliche Auswirkungen, der hohe Flächenbedarf schränkt Lebensqualität und Entwicklungsmöglichkeiten ein. Viele Städte beschäftigt daher die Frage, wie sie eine Verkehrsmittelwahl in Richtung Umweltverbund – d.h. Nutzung des öffentlichen Verkehrs, das Zufußgehen sowie Rad- und Pedelec-fahren – anstoßen, fördern und etablieren können. In Difu-Seminar im April wurden hierzu Konzepte aufgezeigt und Anregungen gegeben, gestützt auf die Ergebnisse der transnationalen Forschung unter „Stepping Stones“, über die im Berichte-Heft 4/2014 ein Beitrag erschien.

Die Alternativen zum eigenen Autos werden teilweise noch immer zu wenig genutzt: Dem ÖPNV gelingt es „nur“, Verkehrswachstum aufzufangen, Carsharing erfährt zwar einen Aufschwung, hat aber bisher nur sehr geringe Anteile am Gesamtverkehr und auch die Fahrrad- oder Pedelec-Nutzung ist noch steigerungsfähig. Bei jüngeren Menschen in den Städten nimmt die Affinität zum Auto ab, dagegen wird die ältere Generation zunehmend automobil. Außerhalb der großen Städte sind räumliche Entwicklungen zu beobachten, die die Auto-Abhängigkeit zementieren. Ausgangslage und das Problembewusstsein sind in den verschiedenen Räumen sehr unterschiedlich ausgeprägt.

Das Spektrum möglicher Maßnahmen zur Beeinflussung der Verkehrsmittelwahl wird bereits seit langem diskutiert, und zahlreiche Beschreibungen entsprechender Maßnahmen bzw. Maßnahmenpakete liegen vor. Die Frage nach den Handlungsansätzen („Was“) ist beantwortet, und zunehmend wird auch klar, dass nur eine Kombination von Push- und Pull-Maßnahmen effektiv ist. Beispielsweise sollte die Schaffung eines attraktiven ÖPNV-Angebots („Pull“) Restriktionen für den motorisierten Individualverkehr nach sich ziehen. Zu denken ist hier an den Rückbau von Fahrstreifen und Parkplätzen („Push“).

Interessanter als die Was-Frage ist die Frage, wie Maßnahmen bzw. Maßnahmenpakete umgesetzt werden können, d.h. wie politische Mehrheiten zu gewinnen, kritische Stimmen zu überzeugen und Prozesse zu gestalten sind – hierzu gibt es noch Wissensdefizite. Jedoch konnten die Referierenden

einige interessante Hinweise aus der Praxis geben, die die Ergebnisse der Forschungsteams bestätigen: Wichtig für die Umsetzung ist beispielsweise der Rückhalt durch führende Köpfe in der Stadt. Die Kommunikation sollte von innen nach außen erfolgen, d.h. die Stadt sollte in einem inneren Lenkkreis eine Vision oder Konzept entwickeln, mit dem die Bürger angesprochen werden und das die Grundlage für die weitere Diskussion ist. Verkehrsthemen sollten mit anderen für die Stadt wichtigen Themen verknüpft werden, so dass die Bedeutung des Projekts deutlich wird. In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig, mögliche Zeitfenster zu erkennen und Gelegenheiten zu nutzen. Um die Bürger mit den teilweise komplexen Botschaften zu erreichen, sollte die Ansprache emotional, witzig oder augenzwinkernd gestaltet werden. Beim Marketing oder der Gestaltung von Kampagnen können die Protagonisten einer nachhaltigen Mobilität von der Automobilindustrie lernen.

Ein Grund für das Wissensdefizit bezüglich der Wie-Frage ist, dass noch viel zu wenig aus den unterschiedlichen Wirkungen von Maßnahmen auf die Verkehrsmittelwahl und den Prozessen der Umsetzung gelernt wird. Das Potenzial einer Evaluation liegt darin, Antworten nicht nur auf die Wie-Frage zu erhalten, sondern auch der Warum-Frage nachgehen zu können. Warum sind die gleichen Maßnahmen in verschiedenen Städten unterschiedlich erfolgreich? Deutlich wurde, dass eine Evaluationskultur fehlt – aber vielfach auch die finanziellen und personellen Ressourcen für eine solche.

Im Sommer erscheint in der Reihe Difu-Impulse eine Publikation zum Thema, in der zentrale Forschungsergebnisse des Stepping Stones-Projekts ins Deutsche übersetzt und insbesondere auch die Wie-Fragen näher beleuchtet sind.

Weitere Informationen:

Dr. phil. Jürgen Gies
Telefon: 030/39001-240
E-Mail: gies@difu.de

<http://transport-era.net/results/>



Foto: Jürgen Gies

Nachhaltige Wasserinfrastrukturen als Thema der Stadtentwicklung

Impulse aus dem BMBF-Förderschwerpunkt INIS unterstützen eine zukunftsweisende Stadtentwicklung

In Visionen und Entwürfen zur Stadt der Zukunft aber auch in Konzepten einer nachhaltigen Stadtentwicklung stehen meist Themen wie Mobilität, Energie und Informationstechnologien im Mittelpunkt. Auch das Thema Infrastruktur wird oft genannt. Hierbei fällt jedoch auf, dass Wasserinfrastrukturen, ihr möglicher Beitrag zu Energie- und Ressourceneffizienz sowie die Verzahnung von Siedlungswasserwirtschaft und Stadtentwicklung kaum thematisiert werden – obwohl die Infrastrukturen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Deutschland gleichfalls vor erheblichen Herausforderungen stehen. Die Folgen des Klimawandels, demografische Veränderungen und steigende Energiepreise erfordern eine innovative Anpassung der zum Teil veralteten (??) Systeme und auch die Erprobung neuartiger Lösungen.

Vor diesem Hintergrund werden seit 2013 in 13 Verbundprojekten im Rahmen der BMBF-Fördermaßnahme „Intelligente und multifunktionelle Infrastruktursysteme für eine zukunftsfähige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung“ (INIS) – einem Baustein des BMBF-Förderschwerpunkts „Nachhaltiges Wassermanagement“ (NaWaM) – neue Ansätze in der Wasserwirtschaft erforscht. Das Vernetzungs- und Transfervorhaben INISnet, das u.a. vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) durchgeführt wird, organisiert und fördert einen breit angelegten Austausch unter den beteiligten Projekten. Eines der zentralen Querschnitts- und Transferthemen ist die Stadt- und Freiraumplanung. Unter diesem Dach werden inter- und transdisziplinär die Möglichkeiten einer institutionell und inhaltlich engeren Verzahnung von Siedlungswasserwirtschaft und Stadtentwicklungskonzepten diskutiert. Akteure der Siedlungswasserwirtschaft, Stadtplanung, Landschaftsarchitektur, des Bauingenieurwesens, der Natur- und Sozialwissenschaften sowie der Wasserwirtschaft reflektieren gemeinsam vorhandene und neue Planungsinstrumente.

Ein Austausch fand bisher in zwei Workshops in Berlin und Hamburg statt. Thematisiert wurden dabei die in den Projekten entwickelten und erprobten Konzepte zur

Nutzung von Wasser in unterschiedlichen Qualitäten und zur Verknüpfung unterschiedlicher Infrastruktursysteme wie Energie, Abwasser oder Abfall.

Gleichfalls auf der Agenda standen Möglichkeiten eines nachhaltigen Umgangs mit Flächen-, Energie- und Wasserressourcen im Rahmen von Stadt- und Freiraumplanung. Dabei geht es um langfristige Infrastrukturlösungen für die „Stadt der Zukunft“, die auch Extremfälle, wie Starkregen und Trockenheit in den Blick nehmen. Grüne, blaue und graue Infrastrukturen werden dabei in ihren Zusammenhängen betrachtet. Deutlich wurde, dass neue Wege zur Integration unterschiedlicher Planungsverständnisse und -prozesse von Siedlungswasserwirtschaft und Stadtplanung es erforderlich machen, dass Stadtentwicklung Ansätze einer zukunftsweisenden Wasserinfrastruktur über und unter der Erde von Beginn an berücksichtigt. Die Siedlungswasserwirtschaft wiederum ist aufgefordert ihre Aktivitäten vor dem Hintergrund der Anforderungen an die Stadt der Zukunft zu reflektieren und zu kommunizieren. In der gemeinsamen Kommunikation sollte dabei „sichtbares“ Wasser (u.a. Regenwasser, Überflutungsereignisse) gemeinsam mit „unsichtbarem“ Wasser (u.a. Abwasser) thematisiert werden. Die in den Projekten erarbeiteten Systematisierungen und Typologisierungen von Stadträumen liefern zudem wichtige Beiträge für eine übergreifende Einschätzung der Transformationspotenziale unterschiedlicher Siedlungsstrukturen.

Das Querschnittsthema „Stadt – und Freiraumplanung“ bietet die Chance, INIS-Ergebnisse zur zukunftsweisenden Integration von Siedlungswasserwirtschaft und Stadtentwicklung und -planung nicht nur gemeinsam zu reflektieren sondern auch für einen breiteren Kreis Interessierter aufzubereiten. Die gemeinsamen Aktivitäten in dem Querschnittsthema werden bis Mitte 2016 in weiteren Workshops fortgesetzt.



Fotos: Stephanie Bock

Weitere Informationen:

Dr. rer. pol. Stephanie Bock
Telefon: 030/39001-189
E-Mail: bock@difu.de

BMBF-Förderschwerpunkt INIS:

www.bmbf.nawam-inis.de

Transformationsräume und neuartige Systemlösungen:

www.networks-group.de

Soziale Stadt: Wo stehst Du, wohin gehst Du?

Im Jahr 1999 wurde das Städtebauförderungsprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ (kurz: Soziale Stadt) von Bund und Ländern mit dem Ziel gestartet, die Lebenssituation in benachteiligten Wohnquartieren mit einem integrierten Ansatz zu verbessern. Damit sollte die vielerorts beobachtete Abwärts-spirale einer sozialen, wirtschaftlichen, städtebaulichen, infrastrukturellen sowie ökologischen Negativentwicklung in diesen Stadtteilen durchbrochen werden. Nach empfindlichen Kürzungen der finanziellen Mittel in der letzten Legislaturperiode sind die Bundesmittel im Jahr 2014 von jährlich 40 Millionen Euro auf 150 Millionen Euro aufgestockt worden.

Vor diesem Hintergrund bot das Difu im März mit einem Seminar den Rahmen für einen Erfahrungsaustausch zu aktuellen Themen und Herausforderungen der Umsetzung des Programms Soziale Stadt. Unter anderem ging es – neben Fragen allgemeiner Herausforderungen, Bedarfslagen und Lösungsansätze – um die Themen neue Armutszuwanderung aus Südosteuropa, altersgerechte Quartiersentwicklung, Gentrifizierung und „Aufwertungsdruck“ auf Programmgebiete sowie energetische Sanierung. Breiten Raum nahm ein Erfahrungsaustausch der Seminarteilnehmenden zu den Aspekten Integration

von Zuwanderern, Wohnen, Beteiligung, Quartiermanagement, Monitoring sowie – allgemein – Organisation der Programmumsetzung ein. Abgerundet wurde das Seminarprogramm durch eine Exkursion in das in Berlin-Kreuzberg gelegene Soziale Stadt-Gebiet Wrangelkiez.

Das Seminar zeigte, wie wichtig das Programm Soziale Stadt mit seinem integrierten und stadtteilbezogenen Ansatz für benachteiligte Stadtteile mit multiplen Problemlagen ist – nicht zuletzt, weil es einen „Möglichkeitsraum“ für soziale Innovationen bietet. Gleichzeitig wurde auch deutlich, dass allein mit dem Programm die Probleme in benachteiligten Quartieren nicht zu lösen sind, sondern zusätzlich Fördermittel aus anderen Ressorts in die Gebiete gelenkt werden müssen. In vielen Programmgebieten wird die soziale Stadtentwicklung zudem eine Daueraufgabe sein, da die Probleme vor Ort nicht kurz- und mittelfristig zu lösen sind. Deutlich wurde auch, wie sehr neuere Entwicklungen von Rahmenbedingungen und spezifischen Themen trotz mittlerweile eingeübter „Programmroutinen“ zumindest partiell Neuausrichtungen der Programmumsetzung erfordern. Allein deswegen werden nach wie vor Erfahrungsaustausche zu dem immerhin bereits seit 15 Jahren laufendem Programm von einem breiten Akteursspektrum gewünscht.

Impressionen von der Exkursion in den Berliner Wrangelkiez

Foto: Thomas Franke



Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Christa Böhme
Telefon: 030/39001-291
E-Mail: boehme@difu.de

Dr. rer. nat. Thomas Franke
Telefon: 030/39001-107
E-Mail: franke@difu.de

Gender und Diversity in der Stadt der Zukunft

Konzepte, Prozesse, Beteiligung

Weitere Informationen:

Dr. rer. pol. Stephanie Bock
Telefon: 030/39001-189
E-Mail: bock@difu.de

Dr. rer. soc. Bettina Reimann
Telefon: 030/39001-191
E-Mail: reimann@difu.de

Ob Stadt der Zukunft, Klimagerechte Stadt, Smart-City, Nachhaltige Stadt, Altersgerechte Stadt oder Gleichberechtigte Stadt – Visionen, Leitbilder und Modelle zum zukünftigen Leben in städtischen Räumen haben wieder Konjunktur. Viele Kommunen machen sich angesichts neuer Herausforderungen (Klimawandel, Energiekrise, demografischer Wandel, wachsende soziale Ungleichheiten etc.) auf den Weg, zukunftsweisende Konzepte für ihre Stadt zu entwerfen und mit der Bevölkerung zu diskutieren. Doch ob nachhaltig, smart, klimagerecht und partizipativ immer auch und ganz selbstverständlich geschlechtergerecht ist und die Anforderungen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen berücksichtigt, lässt sich nicht so leicht beantworten.

Das Seminar, zu dem am 16. und 17. März 30 Teilnehmende ins Difu kamen, setzte die Reihe der alle zwei Jahre in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag durchgeführten Veranstaltungen zum Thema „Gender Mainstreaming“ fort. Dabei sollte reflektiert und diskutiert werden, welche Gender-Relevanz in den neuen Stadtvisionen steckt und inwieweit die einzelnen Konzepte dazu beitragen können, eine Zukunft zu gestalten, in der die gesellschaftlichen Aufgaben wie Kindererziehung, Familienarbeit, bezahlte Erwerbsarbeit sowie politische Mitwirkung neu und gerechter verteilt und übernommen werden. In einer Mischung aus wissenschaftlichen Vorträgen und Berichten aus den Kommunen zu Aktivitäten und Umsetzungserfahrungen wurden Gender-Aspekte bei Mobilität und Infrastruktur, im Rahmen von Klimaschutz und Energieversorgung sowie im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel vorgestellt und diskutiert.

Die Beiträge, die den Zusammenhang von Technikgestaltung und Gender-Aspekten wissenschaftlich-theoretisch analysierten und an zahlreichen Beispielen illustrierten, verdeutlichten die Notwendigkeit, aus einer Gender- und Diversity-Perspektive die technologiegetragenen Zukunftskonzepte kritisch zu reflektieren und bezüglich ihrer Intensionen zu überprüfen. Hierbei sei es für eine Bewertung der Konzepte wichtig, die Bedürfnisse und Interessen, die in diese Konzepte einfließen, genau zu analysieren. Argumentiert

wurde: Solange in der Technologieentwicklung Haushalte als Blackbox behandelt werden, der Durchschnittsmann als Richtwert herangezogen wird und Technologieentwicklung vorrangig bestimmte Männergruppen anspricht, bleiben die entwickelten Lösungen einseitig und oftmals unbefriedigend. Zudem berge eine Konzentration auf technische Lösungen die Gefahr, notwendige Verhaltensänderungen als möglicherweise erfolgversprechenderen Ansatzpunkt zu vernachlässigen. Darüber hinaus sollte gerade in Konzepten wie der Smart City zwischen dem technisch Machbaren und dem gesellschaftlich Gewünschten differenziert werden. Hier könnten Gender- und Diversity-Ansätze einen wichtigen Beitrag leisten.

Auf besonderes Interesse stieß zudem das Thema Klimaschutz, da die meisten Teilnehmenden – im Gegensatz zu den beiden diskutierten Themen Mobilität und demografischer Wandel – bisher kaum eine Verknüpfung zwischen Klimaschutz und ihren gleichstellungspolitischen Aktivitäten erkannt hatten. Nicht nur zu diesem Thema sollen tragfähige Koalitionen für die Zukunft unter Einbezug der Gender- und Diversity-Beauftragten gebildet werden. Angesichts des großen Interesses soll die Seminarreihe im Jahr 2017 fortgesetzt werden.



Foto: Stephanie Bock

Gewerbeflächen erfolgreich planen, entwickeln und qualifizieren

Wodurch zeichnen sich „Gewerbeflächen der Zukunft“ aus? Wie sieht der ideale Standort für wissensintensive Unternehmen oder für Betriebe der Logistikbranche aus? Wie können in die Jahre gekommene Gewerbegebiete wieder fit für die Zukunft gemacht werden? Diese Fragen diskutierten rund 50 Teilnehmer des Difu-Seminars „Gewerbeflächen erfolgreich planen, entwickeln und vermarkten“ Mitte April in Göttingen. Die Veranstaltung wurde in Kooperation mit der Göttinger Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung (GWG) durchgeführt.

Oberbürgermeister Rolf-Georg Köhler verwies in seiner Begrüßung auf die langjährige Tradition der Verknüpfung von Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung in der niedersächsischen Universitätsstadt. Bei einer Bus-Exkursion konnte die GWG-Geschäftsführerin Ursula Haufe Beispiele dieses kommunalen Engagements vorstellen: Der Science Park für Unternehmen der Biotechnologie, das Güterverkehrszentrums oder die denkmalgeschützten Lokhallen, einem Beispiel für die kulturelle Nachnutzung ehemaliger Gewerbebauten.

Flächenbedarfe der Wirtschaft stehen oftmals nicht im Fokus der Kommunalpolitik oder stoßen auf Widerstände in Politik und Bürgerschaft. Ulrich Jonas, Leiter der Wirtschaftsförderung Heidelberg, zeigte am Beispiel des „Wirtschaftsflächenkonzepts Heidelberg“, wie mit einem stadtweiten Konzept hier ein Kommunikationsprozess und eine Neubewertung des Themas in Gang gesetzt werden konnte. Der Kommunikationswissenschaftler Arne Spieker, IFOK, erläuterte die Anforderungen an eine funktionierende Beteiligung von Bürger- und Nachbarschaft bei Flächenentwicklungen und Unternehmensinvestitionen.

Gewerbegebiete sind nicht mehr nur Orte der Produktion: Hier findet sich vielerorts ein breites Spektrum an Aktivitäten wie Dienstleistungen, Handel, Wohnen und auch Freizeitnutzungen. Der Tagungsort selbst, das Seminarzentrum des Göttinger Laborausrüsters Sartorius AG, machte deutlich, wie wissensintensive Unternehmen qualitätsvolle Arbeits- und Kommunikationswelten schaffen. In anderen Gebieten kann eine Nutzungsmischung jedoch auch erhebliche Konflikte mit sich bringen und die Gebietsent-

wicklung gefährden. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen eines Pilotprojekts in der Region Frankfurt, plädierte Anja Batke vom dortigen Regionalverband für ein aktives Vorgehen in vernachlässigten Gebieten, die von einer Abwärtsspirale bedroht sind.

Nicht jede Kommune kann ein breites Spektrum an Gewerbeflächen anbieten – regionale Arbeitsteilung ist gefragt. Ralf P. Meyer zeigte anhand des Beispiels Region Aachen die Vorteile regionaler Kooperation auf: Unter Federführung der Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer AGIT wurde ein IT-gestütztes Gewerbeflächenmonitoring aufgebaut, an dem sich alle 45 Kommunen in der Region beteiligen.

Der technologische und ökonomische Strukturwandel, Nachhaltigkeitserfordernisse und demographische Veränderungen gehören zu den Einflussfaktoren, die veränderte und neue Standortanforderungen von Unternehmen mit sich bringen. Diese sind bei der Planung und Entwicklung von Gewerbegebieten jedoch nicht immer vorhersehbar, was eine hinreichende Offenheit notwendig macht. Wo heutzutage die arbeitsplatznahe Kinderbetreuung diskutiert wird, könnte in Zukunft auch die Pflege von Familienangehörigen von Bedeutung sein. „Wir wissen nicht, wie die Gewerbegebiete der Zukunft aussehen. Wir können aber wissen, wie wir sie ermöglichen“, umschrieb Prof. Alfred Ruther-Mehlis von der Hochschule Nürtingen-Geislingen die Problematik.

Weitere Informationen:

Dr. Holger Floeting
Telefon: 030/39001-221
E-Mail: floeting@difu.de

Dipl.-Verw.Wiss.
Daniel Zwicker-Schwarm
Telefon: 030/39001-154
E-Mail:
zwicker-schwarm@difu.de

Lokhalle Göttingen:
Veranstaltungshalle im Industriedenkmal

Foto: GWG Gesellschaft für
Wirtschaftsförderung und
Stadtentwicklung Göttingen mbH



Urban Labs – Energie für das Quartier



Foto: Wolf-Christian Strauss

Quartierskonzepte und Urban Labs werden derzeit als zwei Schlüsselinstrumente angesehen, um den Umbau der Städte und ihrer Infrastrukturen voranzutreiben. Sie werden eingesetzt, um Neuerungen in technischer und prozessualer Hinsicht auf Quartiers-ebene pilothaft zu erproben, beispielsweise bei der Transformation städtischer Energiesysteme. Dies war der Anlass für das Difu, ein Seminar zum Thema „Energetische Quartierskonzepte und Urban Labs“ anzubieten. Energetische Quartierskonzepte geben wertvolle Impulse für eine stärkere Verzahnung von Stadtentwicklung, Gebäudesanierung und stadttechnischen Systemen. Eine große Bandbreite inhaltlicher Schwerpunkt- und Zielsetzungen ist hier zu beobachten. Teils werden bestehende Ansätze integrierter Quartiersentwicklung um energetische Aspekte ergänzt, teils sind die Konzepte aber auch gezielt auf die Implementierung technischer Innovationen zur Optimierung der Energieeffizienz und des Einsatzes erneuerbarer Energien ausgerichtet.

„Urban Labs“ oder „Reallabore“ hingegen, dies wurde in der Veranstaltung deutlich, sind für die Kommunen weitgehend Neuland – zumindest vom Begriff her. Von Teilen der Wissenschaft werden urbane Labore als ein Schlüsselinstrument angesehen, Umbauprozesse zu fördern. Sie werden im gleichen Atemzug mit einer „transformativen Wissenschaft“ (Schneidewind) genannt, die den Anspruch erhebt, Transformationsprozesse nicht nur beobachten sondern vor allem auch beeinflussen zu wollen. Dabei ist der Übergang zur heute schon vielfach praktizierten transdisziplinären Forschung fließend. Städte und Stadtquartiere werden als Experimentierfelder angesehen, in denen Innovationen in urbanen Laboren erprobt werden sollen. Solche Realexperimente – ein weiterer unscharfer Begriff – zeichnen sich durch eine Reihe von Merkmalen aus:

- die Interaktion zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft,
- die Orientierung an langfristigen Zielen,
- ein hohes Maß an disziplinen- und ressortübergreifender Zusammenarbeit sowie
- die kontinuierliche Reflektion des Vorgehens.

Ist das wirklich so neu? Waren Städte nicht immer schon Labore, in denen sich nicht nur

gesellschaftliche Entwicklungen besonders ausprägen, sondern in denen sich vor allem auch gesellschaftliche Utopien materialisiert haben – und nicht selten auch gescheitert sind? Sind die heutigen technologischen Visionen der „Smart City“ nicht ebenso wie die vielfältigen Aktivitäten einer Stadtentwicklung von unten – etwa Urban Gardening oder Transition Towns – wirklich so neu? Oder wird hier nicht mit dem Terminus des Labors etwas bezeichnet, was schon immer Urbanität ausgemacht hat? Und ist es nicht naiv anzunehmen, man könne Entwicklungsprozesse in Laborsituationen und damit in konstruierter und nicht unbedingt realer Umwelt gestalten? Diese und andere Fragen wurden im Seminar diskutiert. Zudem war zu beachten, dass zwischen einzelnen, unter dem Begriff des „Labors“ vorgestellten Projekten sehr große Unterschiede bestehen, was eine Einschätzung erschwerte. Zwischen – von städtischer Planung weitgehend entkoppelten und wissenschaftlich begleiteten – Quartiersinitiativen einerseits und der Simulation und Erprobung technischer Optionen autarker Energieversorgung im Rahmen von „Smart City Labs“ andererseits liegen jedenfalls Welten.

Klar ist, kein kommunaler Planer und kein Bürger möchte sich zum Versuchskaninchen wissenschaftlich-technischer Experimente degradieren lassen. Andererseits, neue partizipative Formate wecken Neugier, vor allem wenn sie dazu beitragen, Rivalitäten zwischen Entscheidungsträgern oder Ressorts aufzulösen und neue Formen der Organisation von Transformation zu entwickeln. „Kein Fortschritt ohne Experiment“, so brachte es eine Seminarteilnehmerin auf den Punkt. Damit ging das Eingeständnis von verschiedenen kommunalen Vertretern einher, dass zuweilen der Mut in den Verwaltungen fehle, auch mal neue Wege zu gehen und Dinge auszuprobieren. Integrative Arbeitsformen, wie in energetischen Quartierskonzepten erprobt, werden jedenfalls als notwendig begrüßt und sollten vor allem durch die Kommunen selbst initiiert werden.

Energetische Quartierskonzepte und Urban Labs – ihre gemeinsame Klammer bildet die räumliche Verortung. Dabei darf der Bezug zur Gesamtstadt nicht fehlen, wie aktuell das abschließend vorgestellte Stadtentwicklungskonzept Berlin 2030 zeigt, in dem explizit von „Transformationsräumen“ die Rede ist.

Weitere Informationen:
Dipl.-Sozialökonom/
Dipl.-Volkswirt Jens Libbe
Telefon: 030/39001-115
E-Mail: libbe@difu.de

Robert Riechel
Telefon: 030/39001-211
E-Mail: riechel@difu.de

Herzlich willkommen Ludwigshafen im Kreis der Difu-Zuwenderstädte!

Ludwigshafen am Rhein befindet sich im Aufbruch: Mit dem unter dem Motto „Heute für Morgen“ stehenden Stadtumbauprozess ist es gelungen, Ludwigshafens Innenstadt mit allen urbanen Funktionen wie Wohnen, Einkaufen, Freizeit und Kultur wieder direkt an den Rhein zu bringen. Auf ehemaligen Hafentflächen ist ein neues Stadtquartier entstanden, das entlang der Rheinpromenade ein attraktives Einkaufszentrum mit vielfältigen Erholungsmöglichkeiten, neuen Wohnstandorten sowie Arbeitsplatzangebote verbindet.

Eingebettet in diese Veränderungen ist das Stadtentwicklungsprojekt „City West“. Es beruht auf der stadtverträglichen Erneuerung einer überregional wichtigen Verkehrstrasse, die heute als Hochstraße ausgebaut ist. Der Sanierungsfall wird als Chance für die Stadtentwicklung verstanden: Entlang der als Ersatz der Hochstraße geplanten, ebenerdigen Stadtstraße entsteht ein Raum für neue Stadtideen mit Wohn- und Bürogebäuden, Plätzen und Grünanlagen.

Diese Entwicklungsprozesse werden durch eine breite Bürgerbeteiligung begleitet, die sowohl herkömmliche als auch neu entwickelte digitale Verfahren einbezieht und die unterschiedlichsten städtischen Handlungsfelder miteinander verbindet.

Ludwigshafen am Rhein, eine der jüngsten Großstädte in Deutschland, bleibt ein dynamisches Oberzentrum. Geprägt von der chemischen Industrie mit weltweit agierenden Unternehmen wie auch einem gesunden und stabilen Mittelstand wird in der Region eines der höchsten Bruttosozialprodukte Deutschlands erwirtschaftet. Die Attraktivität wird in jüngster Zeit auch durch eine wachsende Einwohnerzahl bestätigt.

Ludwigshafen nutzt die Vorteile für Difu-Zuwenderstädte

Modernes Stadtmanagement erfordert fundierte und aktuelle Kenntnisse in allen kommunalrelevanten Gebieten. Für viele Städte ist es aus finanziellen Gründen nicht möglich, eigene kommunalbezogene Forschung und Fortbildung betreiben. Ohne entsprechendes Hintergrundwissen ist die Entscheidungsfindung jedoch erschwert – und falsche oder späte Entscheidungen verursachen mitunter hohe Kosten. Hier setzt die Arbeit des Instituts an:

Difu-Forschungsthemen sind keine Elfenbeinturm-Themen. Als Forschungsinstitut der deutschen Städte arbeitet das Difu praxisnah,



Foto: Stadt Ludwigshafen am Rhein

berät Kommunen und unterstützt ihre Fortbildung. Die vom Difu initiierten Informationsnetzwerke fördern den kommunalen Erfahrungsaustausch. Difu-Forschungsergebnisse werden den Städten stets zur Verfügung gestellt, oft sind die Städte selbst als Fallstudienstädte in die Studien einbezogen. Über hundert Städte sowie Regional- und Planungsverbände gehören zum Kreis der Difu-Zuwender. Sie nutzen die praxisorientierte Arbeit, die das Difu zu allen kommunalrelevanten Themen leistet. Auch Ludwigshafen nutzt durch seinen Beitritt die Difu-Expertise für Zuwender, u.a.:

- Persönliche Beratung
- Praxisorientierte Fortbildung in Berlin bzw. vor Ort
- Die eigene Stadt als Fallstudienstadt untersuchen lassen
- Erfahrungsaustausch mit anderen Städten
- 24-Stunden-Zugang zu Difu-Datenbanken
- Zugang zu exklusiven Informationen im Difu-Extranet
- Die Difu-Neuerscheinungen kostenfrei

Last, but not least: Das Difu ist eine Solidar Einrichtung der deutschen Städte. Die Forschungstätigkeit und Mitwirkung des Instituts in vielen kommunalrelevanten Entscheidungsprozessen auf Bundesebene (z.B. Baurechtsnovellen, Gemeindesteuerreform, Ausgestaltung von großen Förderprogrammen wie z.B. Soziale Stadt) kommen allen Städten und Gemeinden zugute. Daher ist die Difu-Förderung – unabhängig vom aktuellen Nutzen für die eigene Stadt – stets eine Investition in die Lösung kommunaler Aufgaben.

Stadt Ludwigshafen

<http://www.ludwigshafen.de>

Weitere Informationen:

Sybille Wenke-Thiem
Telefon: 030/39001-209
E-Mail: wenke-thiem@difu.de

<http://www.difu.de/institut/zuwender/zuwendervorteile>

Difu-Intern: Veränderungen, Abschied und Neubeginn



Dr. Busso Grabow,
Prof. Dipl.-Ing. Martin zur Nedden
und Prof. Dr. Arno Bunzel (v.l.n.r.)
Foto: David Ausserhofer

Am 13. Mai 2015 wurde **Dr. Busso Grabow** zum zweiten Geschäftsführer neben **Prof. Dipl.-Ing. Martin zur Nedden** bestellt und wird in dieser Funktion weiterhin den kaufmännischen Bereich des Instituts leiten. Die Leitung des Forschungsbereichs Wirtschaft und Finanzen wird er nach Neubesetzung dieser Funktion abgeben, aber auch in seiner neuen Funktion als Ansprechpartner für die von ihm maßgeblich geprägten Themenfelder des Instituts zur Verfügung stehen. Dritter im Bunde der Institutsleitung ist in unveränderter Funktion als Prokurist und Vertreter des Wissenschaftlichen Direktors Prof. Dipl.-Ing. Martin zur Nedden in allen Fragen der wissenschaftlichen Leitung **Prof. Dr. Arno Bunzel**.

Jan Abt ist seit April 2015 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsbereich Wirtschaft und Finanzen am Standort Berlin tätig. Er forscht dort im Projekt „transit“ zu transdisziplinären Sicherheitsstrategien für Polizei, Kommunen und Wohnungswirtschaft.



Jan Abt
Foto: Christoph Eckelt

Jan Abt studierte Geographie und Soziologie an der Philipps-Universität Marburg sowie Städtebau/Stadtplanung an der Technischen Universität Hamburg-Harburg. Anschließend war er mehrere Jahre als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Stadt- und Regionalplanung der Technischen Universität Berlin in Lehre und Forschung tätig und arbeitete bereits dort zu Themen der urbanen Sicherheit. Weiterer Schwerpunkt seiner Arbeit sind Fragen und Formen der Kinder- und Jugendbeteiligung in der Stadtentwicklung. Er ist ausgebildeter Moderator für Kinder- und Jugendbeteiligungsprozesse und ehrenamtlich im Verein JAS – Jugend Architektur Stadt zur Förderung baukultureller Bildung tätig.

Greta Link arbeitet seit Dezember 2014 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Umwelt am Difu-Standort Köln. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind die Themenfelder Kommunalen Klimaschutz, Urbanes Grün und Anpassung an den Klimawandel. Sie studierte B.A. European Studies in Passau und Toulouse und M.Sc. International Master of Environmental Sciences in Köln und Pune (Indien). Nach ihrem Abschluss arbeitete Greta Link als Projektmanagerin beim Global Nature Fund, einer internationalen Stiftung für Umwelt und Natur. Dort war sie für die Planung und Durchführung internationaler Projekte im Rahmen nationaler und europäischer Förderprogramme zuständig.

Dr. Tatiana Maruda ist seit Mai 2015 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Wirtschaft und Finanzen am Standort Berlin tätig. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt in den Bereichen „Neues Kommunales Finanzmanagement (Doppik)“ und „Effizienz der kommunalen Aufgabenwahrnehmung“. Aktuell ist sie in die Projekte „Leistungsfähige Infrastruktur generationsgerecht finanziert – das Beispiel der Stadt Köln“ und „EnAhrgie – nachhaltige Landnutzung und Energieversorgung“ involviert. Tatiana Maruda wurde an der Universität Karlsruhe (TH) promoviert. Im Anschluss an ihre Promotion war sie zuerst beim Beratungsunternehmen hfp als Beraterin mit dem Schwerpunkt „Kommunale Finanzprüfung“ tätig. Seit Anfang 2010 ist sie als freiberufliche Beraterin im Bereich „Empirische Markt- und Sozialforschung“ und als Dozentin für Marktforschung und Volkswirtschaftslehre an diversen Hochschulen tätig.



Greta Link
Foto: Jennifer Rumbach



Tatiana Maruda
Foto: privat

Auswahl neuer Veröffentlichungen im Difu-Inter- und -Extranet

Online-Publikationen, Seminardokus, Vorträge

Veröffentlichungen

Difu-Berichte Heft 2/2015

<http://www.difu.de/publikationen/difu-berichte-aktuell>

Jahresbericht 2014

<http://bit.ly/1Lkx9jD>

Elektromobilität in Kommunen – ein Stimmungsbild

<http://bit.ly/1RbEb8i>

Push & Pull –16 gute Gründe für Parkraummanagement

<http://bit.ly/1F9SjyT>

Push & Pull –16 good reasons for Parking Management

<http://bit.ly/1AxjZvn>

Kommunale Lärmaktionsplanung

<http://bit.ly/1JSGJZr>

Kommunale Wohnraumförderung in Deutschland – eine Momentaufnahme

<http://bit.ly/1bLNf5C>

Kleine Kommunen – Groß im Klimaschutz

<http://bit.ly/1crMSxV>

16 Wege für Kommunen im Klimaschutz

<http://bit.ly/1PfOX1P>

Intelligente und multifunktionelle Infrastruktursysteme für eine zukunftsfähige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

<http://bit.ly/1KYVNmz>

Veranstaltungsdokumentationen

Energetische Quartierskonzepte und Urban Labs

<http://bit.ly/1FhTKpp>

Innenstadtentwicklungskonzepte – vom Plan zur Umsetzung

<http://bit.ly/1FfrvHX>

Wie können Städte die Verkehrsmittelwahl beeinflussen?

<http://bit.ly/1HKmbIP>

Mit Pauken und Trompeten? Der Beitrag von Musikschulen, Volkshochschulen und Bibliotheken zur kulturellen Bildung

<http://bit.ly/1K3MFzk>

Gewerbeflächen erfolgreich planen, entwickeln und qualifizieren

<http://bit.ly/1ATtIH7>

Fern von der Sonnenseite der Stadt – Wohnraumversorgung für Bedürftige

<http://bit.ly/1PDYTwR>

Soziale Stadt: Wo stehst Du, wohin gehst Du?

<http://bit.ly/1F42XUy>

Gender und Diversity in der Stadt der Zukunft: Konzepte, Prozesse, Beteiligung

<http://bit.ly/1E3ob0R>

Wie weiter mit dem gewachsenen Fernbusverkehr?

<http://bit.ly/1QENDTs>

Urbanes Grün

<http://bit.ly/1FhAk9q>

Vorträge

Erfolgsbedingungen kommunaler Bürgerbeteiligung: Chancen, Risiken und Fallstricke in der Praxis

Von Stephanie Bock
<http://bit.ly/1PfNM2s>

Umweltgerechtigkeit in der Stadt

Von Christa Böhme und Thomas Preuß
<http://bit.ly/1cs8FFI>

Handlungsfeld „Umweltgerechtigkeit im Land Berlin“

Von H.-Josef Klimeczek
<http://bit.ly/1K3OIIX>

Umweltgerechtigkeit in der Stadt

Von Christiane Bunge
<http://bit.ly/1K3OFrI>



Infos im Difu-Extranet

Im Difu-Extranet sind Vorträge, Seminardokumentationen und -berichte, Veröffentlichungen und viele weitere kommunalbezogene Informationen zu finden. Über die Difu-Homepage gelangen Zuwender an diese exklusiven Informationen über die Rubriken „Publikationen“ bzw. „Extranet“.

Ausschließlich Rat und Verwaltung aus Difu-Zuwenderstädten bzw. -Verbänden haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet: www.difu.de/extranet/

Übersicht der Difu-Zuwender: <http://www.difu.de/institut/zuwender>

Weitere Informationen:

Susanne Plagemann, M.A.
Telefon: 030/39001-274
E-Mail: plagemann@difu.de



Das Difu auf Facebook

Die Neuigkeiten aus dem Difu gibt es auch auf Facebook. Die Seite ist öffentlich zugänglich, auch ohne eigenen Facebook-Account.
<https://www.facebook.com/difu.de>

Weitere Informationen:

Sybille Wenke-Thiem
Telefon: 030/39001-209
E-Mail: wenke-thiem@difu.de



Foto: Doris Reichel

Difu aktiv-Ticker – Auswahl

Im Rahmen des 20. bundesweiten Umwelt- und Verkehrskongresses, der vom 13.–15.3. in Erfurt stattfand, moderierte **Dr.-Ing. Wulf-Holger Arndt** zum Thema Städtischer Wirtschaftsverkehr. **Dr. Stephanie Bock** hielt ein Referat zum Thema Bürgerbeteiligung. Am 17.4. referierte **Stephanie Bock** auf der 21. Fachtagung des Kommunalwissenschaftlichen Instituts der Universität Potsdam „Partizipation in der Bürgerkommune“ zu „Erfolgsbedingungen kommunaler Bürgerbeteiligung: Chancen, Risiken und Fallstricke in der Praxis“.

Christa Böhme wurde erneut in die Jury zum KfW-Award „Bauen und Wohnen“ berufen. Der diesjährige Wettbewerb steht unter dem Motto „Intelligent Bauen: modern, effizient, wohnlich“.

Tilman Bracher referierte am 6.3. im Rahmen des Fachgesprächs der Grünen Bundestagsfraktion „Guter Nahverkehr braucht neue Ideen für eine verlässliche Finanzierung“ über „Neue Finanzierungsinstrumente für den ÖPNV“. Am 28.4. moderierte er auf dem 2. VDV-Symposium zur Multimodalität ein Podium zu „Öffentlichen Fahrradvermietungssystemen“.

Prof. Dr. Arno Bunzel stellte am 25.3. im Rahmen der Veranstaltung der Kanzlei Gleis Lutz „Berliner Forum: Kooperative Baulandentwicklung – Vom Münchener Modell zum Berliner Modell sozialer Wohnraumförderung“ das Berliner Modell der Kooperativen Baulandentwicklung vor.

Am 16.3. hielt **Sebastian Bührmann** während der „Urban Transport Week“, die von der Hamburg University of Technology (TUHH) in Kooperation mit dem European Institute for Sustainable Transport (EURIS) durchgeführt wurde, den Vortrag „What makes a good cycling city? Overview of European Approaches.“

Dr. Busso Grabow wurde in den am 3.3. konstituierten Wirtschaftsrat der Landeshauptstadt Potsdam berufen.

Cathrin Gudurat und **Daniel Willeke** führten vom 2. und 3.3. in Leipzig im Rahmen des SK:KK das Fach- und Vernetzungstreffen „Klimaschutz im Verwaltungsquerschnitt verankern – die erfolgreiche Beteiligung anderer Ressorts“ durch.

Anne Klein-Hitpaß referierte am 28.1. in Offenbach auf der vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) durchgeführten Fachkonferenz „Elektromobilität vor Ort“ zum Thema „E-Wirtschaftsverkehr: Kommunale Strategien und Handlungsspielräume“.

Jens Libbe hielt am 12.2. beim Frankfurter Immobilien-Kolloquium der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main einen Vortrag zu „Smart City/Region – das Leitbild für einen zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort?“. Am 1.4. referierte er an der HafenCity-Universität Hamburg anlässlich des Hamburger Städtebauseminars zum Thema „Zukunftstadt – Zwischen Technikeuphorie und integrierter Stadtentwicklung“.

Prof. Dipl.-Ing. Martin zur Nedden referierte am 24.2. in Bonn auf der 8. Konferenz des Deutschen Städte- und Gemeindebundes „Kommunen aktiv für den Klimaschutz“ zu „Klimaschutz – Säule zukunftsgerechter Stadtentwicklung“. Am 25.2. hielt er im „Forum (Innen-)Stadt, Handel, Wohnen und ... ? Zwischen Nutzung und Entleerung – die Mitte neu erfinden?“ der Hochschule Mittweida den Vortrag „Städte und Innenstädte der Zukunft – smart und sharing oder urban und individuell?“. Im Rahmen eines gemeinsamen Expertenworkshops des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes NRW, der Bergischen Uni Wuppertal und des Difu referierte zur Nedden am 27.2. in Düsseldorf zu „Nutzungsmischung und Vielfalt in Stadtquartieren.“ Darüber hinaus hielt er am 25.3. in Berlin auf der Großen Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion „Gutes Leben in der sozialen Stadt“ das Referat „Gutes Leben in der Stadt“.

Marco Peters moderierte im Rahmen des von der Verbraucherzentrale am 29.1. in Bonn durchgeführten Fachkongresses „Neustart fürs Klima“ ein Forum zum Thema „Willkommenskultur stärken: Kommunen und Unternehmen gemeinsam für den Klimaschutz“.

Susanne Plagemann hielt am 16.4. beim 9. Konsortialtag „OpenAccess-Publikationen“ des Friedrich-Althoff-Konsortiums (FAK) an der Uni Potsdam den Vortrag „Erfahrungen mit OA-Publikationen aus Sicht der bibliografischen Fachdatenbank ORLIS“.

Mediennachlese – Auswahl

[...] Die Stadt Köln will gemeinsam mit den Bürgern Leitlinien für eine bessere Beteiligung erarbeiten. Damit sollen Regeln und Kriterien entwickelt werden, die bei künftigen Beteiligungsverfahren – wie aktuell etwa bei der Entwicklung der Parkstadt Süd oder zum Mülheimer Süden – angewendet werden sollen. Damit wäre Köln die erste Millionenstadt Deutschlands, die sich Leitlinien für die Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung und Bürgern geben würde, heißt es von Seiten der Stadt. [...] Wissenschaftlich begleitet wird der Prozess vom Deutschen Institut für Urbanistik[...] **Kölnische Rundschau, 7.5.2015**

[...] Wie wünschen sich die Menschen ihre Zukunftsstadt? Wie sollte sich die Art und Weise, wie wir in den Städten leben, ändern? Zu diesen Fragen können Besucherinnen und Besucher des durch ganz Deutschland tourenden Ausstellungsschiffs MS Wissenschaft in der Difu-Umfrage ihre Meinung abgeben. Die Online-Umfrage lädt dabei zu einer Zeitreise in die Zukunft ein: Die Teilnehmenden sollen sich vorstellen, dass sie einen Tag in ihrer idealen Stadt verbringen können. Wie sieht dieser Tag aus? Wie leben sie? Wo kaufen sie ein? Wie bewegen sie sich durch die Stadt? Der Mainzer Oberbürgermeister Michael Ebling unterstützt die Idee: [...] **metropolnews.info, 15.4.2015**

[...] Das Deutsche Institut für Urbanistik (DIFU) erforscht noch bis Ende des Jahres den „Umgang mit Schrumpfung und/oder Peripherisierung von/in Klein- und Mittelstädten“. Homberg/Ohm ist dabei mit Abstand die kleinste der fünf an dieser Studie teilnehmenden Städte, zu denen noch Bocholt, Gummersbach, Schwarzenberg und die Lutherstadt Wittenberg gehören. Das Projekt soll die speziellen Herausforderungen schrumpfender Kleinstädte erforschen und Handlungsmöglichkeiten aufzeigen. Nach der Sichtung der Forschungsliteratur zum Thema Schrumpfung und Peripherisierung von oder in Klein- und Mittelstädten und einem ersten Workshop mit den beteiligten Kommunen besuchten Dr. Elke Becker und Frederik Sommer vom Deutschen Institut für Urbanistik jetzt Homberg. [...] **oberhessen-live.de, 15.4.2015**

Normalerweise veranstaltet das gemeinnützige Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) seine Seminare in Berlin. Dass es diesmal nach Göttingen ins Sartorius College ging, ist der Initiative von Ursula Haufe, Ge-

schäftsführerin der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Göttingen (GWG) geschuldet. Das Difu ist quasi der Think Tank der deutschen Städte und Gemeinden. Zum Thema Gewerbeflächen wurde nach Göttingen eingeladen, da sich vor Ort gute Voraussetzungen bieten [...] Das Seminar war bereits Wochen zuvor ausgebucht, was auch an der auf 40 Teilnehmer begrenzten Kapazität lag. „Uns ist wichtig eine Größe zu haben, die auch noch einen Erfahrungsaustausch zulässt“, betont Daniel Zwicker-Schwarm, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Difu. „Und die Nachfrage zeigt, dass das Thema und der Tagungsort auf Interesse stoßen.“ [...] **Göttinger Tageblatt, 13.4.2015**

[...] Als „nicht besorgniserregend“ bezeichnet auch Martina Schickle von der Stadt Freiburg das Ergebnis des ADFC Fahrradklimatests 2014. Sie betont: „Wir arbeiten sowieso stets daran, die Situation für die Radfahrer zu verbessern. Manchmal gelingt das besser, manchmal ergeben sich durch Baustellen oder Ähnliches jedoch auch Probleme.“ Auch das Garten- und Tiefbauamt sei stets darum bemüht, Freiburgs Ruf als fahrradfreundliche Stadt, etwa durch die Schaffung neuer Abstellmöglichkeiten, gerecht zu werden. Dass Freiburg eine besondere Rolle unter Deutschlands Fahrradstädten bildet, darauf deutet ein Besuch von Fachleuten hin, die das Deutsche Institut für Urbanistik noch in diesem Frühjahr organisiert. Dem Vernehmen nach sollen dabei auch die Möglichkeiten erkundet werden, wie sich Bürgerinnen und Bürger leichter Fahrräder ausleihen können. **Badische Zeitung, 9.4.2015**

[...] Eine grüne Stadt steht für Lebensqualität und Gesundheit, ein gutes Image und hohe Wohnumfeldqualität. Mit Grün begegnet man dem Klimawandel, es ist Schadstoff- und Lärmfilter, Lebensraum für Tiere und Pflanzen, Erholungsraum für Menschen und gleichzeitig auch sozialer Treffpunkt. Insbesondere in den verdichteten Gebieten einer Stadt erfüllt Grün eine Vielzahl wichtiger Funktionen für die Menschen. Wichtig ist, vorhandene grüne Bereiche zu sichern und sie mit den Freiräumen zu vernetzen, die neu geschaffen werden. [...] Difu-Mitarbeiterin Luise Willen in einem Interview über die Bedeutung von urbanen Grünflächen **Ludwigsburger Kreiszeitung, 8.4.2015**

[...] Prof. Martin zur Nedden, wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Urbanistik, zeigte die



Berichte

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Deutschen Instituts für Urbanistik

Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik
Zimmerstraße 15, 10969 Berlin

Redaktion

Yannick Ecker (Praktikant)
Cornelia Schmidt (Red.-Assist.)
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.)

Layout + DTP

Elke Postler
Eva Hernández (Titel)

Buchbestellung (bitte schriftlich):

Telefax: 030/39001-275
E-Mail: vertrieb@difu.de
Telefon: 030/39001-253

Redaktionskontakt und Berichte-Verteiler

Difu-Pressestelle
Telefon: 030/39001-208/-209
Telefax: 030/39001-130
E-Mail: presse@difu.de

Difu online:

<http://www.difu.de>
<https://www.facebook.com/difu.de>

Jahrgang/Erscheinungsweise

Jahrgang 41/vierteljährlich
Stand: 28. Mai 2015

ISSN

ISSN 1439-6343

Lesbarkeit

Nur zur einfacheren Lesbarkeit und aufgrund des wenigen verfügbaren Platzes verzichten wir darauf, männliche *und* weibliche Schreibformen zu verwenden.

Druck

AZ Druck und Datentechnik GmbH, Berlin. Gedruckt auf umweltfreundliches Papier ohne optische Aufheller; holz- und chlorfrei.

Abdruck

Frei, bei Nennung der Quelle. Belegexemplar/-Link/-PDF an die Difu-Pressestelle erbeten: presse@difu.de oder per Post, s.o.

aktuellen Herausforderungen für Städte auf. Klimawandel und -anpassung, demografischer Wandel, digitale Revolution, Finanzierung in den Kommunen oder New Governance treffen größere und kleinere Städte auch künftig in unterschiedlichen Ausprägungen. Neue Begriffe signalisieren neue Herausforderungen für die Städte: Gerade für kleinere Städte klingen Begriffe wie „smart city“, „shared economy“ oder „digitale Stadt“ noch neu und fremdartig und scheinen somit noch in weiter Ferne zu liegen. Schnell halten diese Trends jedoch Einzug in Mittel- und Kleinstädte, etwa die Einbeziehung breiter Teile der Bürgerschaft über neue Medien oder die Wohnungstauschbörse, die auch in kleineren Universitätsstädten ihren Platz haben kann. [...] **GMA Infodienst, Ausgabe April 2015**

Der Umzug an den Stadtrand wird häufig mit sozialem Abstieg assoziiert. Jedoch können die Hochhaussiedlungen der äußeren Stadtbezirke auch eine attraktive Alternative sein und Chancen bieten. **TV-Beitrag rbb Rundfunk Berlin-Brandenburg, „Klartext“, mit Ricarda Pätzold, Difu, 1.4.2015**
https://www.rbb-online.de/klartext/archiv/20150401_2215/2.html

[...] Wohneigentumsbildung von Zuwanderern hat positive Effekte und zwar vor allem in den Stadtvierteln, die als benachteiligt eingestuft sind. [...] Gleichwohl sei aber auch festzustellen, dass meist dort Immobilien erworben würden, wo der Anteil von Personen mit Migrationsanteil hoch sei – zu einer stärkeren ethnischen Mischung tragen die Käufer meist nicht bei. Weil es problematisch sei, wenn sich eine soziale Benachteiligung räumlich konzentriere, sei die Wohneigentumsbildung von Migranten ein Potential, das zu wenig genutzt werde, sagt die Soziologin [und Difu-Projektleiterin Bettina] Reimann zur Untersuchung. [...] **Der Tagesspiegel, 23.3.2015**

Der Tüv Rheinland schlägt Alarm: Deutschlands Schulen und Kindergärten müssen dringend erneuert werden. [...] Den Investitionsstau schätzt das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) bundesweit auf rund sechs Milliarden Euro. Für Nordrhein-Westfalen gibt es zwar keine Zahlen, aber „alleine schon wegen der Größe des Bundeslandes wird auf jeden Fall eine sehr hohe Summe zusammenkommen“, sagt Stefan Schneider, Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Difu. Zudem sei NRW beim Sanierungsbedarf bundesweit „nicht gerade unterdurchschnittlich.“ [...] **Westdeutsche Zeitung – Newline, 22.3.2015**

[...] Das Interesse am „Shareconomy“-Prinzip zeigt sich derzeit besonders gut im Bereich Carsharing – ein Geschäft, das im vergangenen Jahr einen Gesamtzuwachs um 67 Prozent im Vergleich zu 2013 verzeichnen konnte. Der moderne Städter möchte gar nicht unbedingt mehr ein Auto als Statussymbol besitzen. [...] „Der täglich mehrfache Wechsel zwischen Zufußgehen, Radfahren, ÖPNV-Nutzung, Carsharing und eigenem Pkw wird für viele Menschen künftig zur Normalität gehören“, prognostiziert Martin zur Nedden, der Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik in einer Studie des Bundesverbands Carsharing. Carsharing hat ein allgemein gutes Image: Es gilt als modern, ökologisch und günstig. [...] **CeBIT-News Heft. Nr. 3/2015, powered by COMPUTER-WOCHE, 11.3.2015**

[...] Zur Stadtentwicklung betonte [Difu-Institutsleiter] zur Nedden, dass Innenentwicklungspotenziale gehoben und Zielkonflikte aufgelöst werden müssen. [...] „Ein gelungenes Beispiel für eine Gebietsentwicklung mit Augenmaß ist die Leipziger Freiheit, welche unter dem Slogan ‚Freiräume für Bürgerträume‘ agierte“, sagte zur Nedden und warb insgesamt für Quartierskonzepte. Er bilanzierte, dass es künftig auf vernetztes und stadregionales Denken sowie eine Langfrist- und Lebenszyklusorientierung der Maßnahmen ankommen werde. [...] **Stadt und Gemeinde INTERAKTIV, 1.3.2015**

[...] Vor allem die kommunalen Brücken in Rheinland-Pfalz und Hessen sind marode. Darauf weisen Rechnungshöfe und Städteforscher hin. „Die rund 67 000 Straßenbrücken, für die die Kommunen zuständig sind, befinden sich häufig in schlechtem oder gerade noch ausreichendem baulichen Zustand“, heißt es in einer Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik in Berlin. Rund 10 000 davon müssten komplett ausgetauscht werden. [...] **Wiesbadener Kurier, 27.2.2015**

[...] Gelingen wird der Stadtumbau nur, wenn die dort lebenden Menschen beteiligt werden. „Die Zivilgesellschaft muss in die Planungsprozesse mit einbezogen werden“, betont Stadtforscher Jens Libbe vom Difu. Die Entwicklung einer „neuen Beteiligungskultur“ ist für ihn essenziell für einen erfolgreichen Stadtwandel. Gerade die Auseinandersetzungen um das Bahnhofsprojekt „Stuttgart 21“ haben ein Umdenken in vielen, vor allem größeren Kommunen ausgelöst. An Vorbildern für städtische Bürgerbeteiligung nennt Libbe die nordrhein-westfälische „InnovationCity“ Bottrop und Bayerns Landeshauptstadt München. [...] **die tageszeitung, 19.2.2015**

Rechnungsadresse:

Versandkostenpauschale: innerhalb Deutschlands bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen). Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei.

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

Telefon/Telefax:

E-Mail:

Datum/Unterschrift:

Lieferadresse, nur ausfüllen falls abweichend von der Rechnungsadresse:

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf (erscheint kostenfrei alle ein bis zwei Monate und enthält Links zu neuen Inhalten im Difu-Webangebot).

Difu-Impulse

__ Expl. Kommunen für Energieeffizienz

Dokumentation des 19. Deutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten am 7./8. April 2014 in München

Bd. 2/2015. 214 S., Schutzgebühr 23,- Euro
ISBN 978-3-88118-543-1

__ Expl. Kommunale Impulse für Nachhaltiges Wirtschaften

Deutscher Städtetag (DST) und Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) (Hrsg.)

Bd. 1/2015. 68 S., zahlreiche Fotos, Schutzgebühr 15,- Euro, ISBN 978-3-88118-538-7

__ Expl. Generationengerecht und handlungsfähig bei leistungsfähiger Infrastruktur

Ansatzpunkte für eine nachhaltige Finanzplanung im Konzern Stadt – Das Beispiel der Stadt Köln
Von Stefan Schneider, C.-A. Goerl und Michael Thöne
Bd. 3/2014. 54 S., Schutzgebühr 15,- Euro
ISBN 978-3-88118-531-8

__ Expl. Beteiligungsprozesse – unterschätztes Potenzial in der Verkehrsplanung

Dokumentation der Fachtagung „Kommunal mobil“ am 26./27. September 2013 in Dessau-Roßlau
Jürgen Gies und Martina Hertel (Hrsg.)

Bd. 1/2014. 146 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-528-8

Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe

__ Expl. Noch Raum für offene Jugendarbeit?

NEU

Zwischen virtuellen Lebensräumen, Schulstress und Real-Life
AGFJ im Difu (Hrsg.)

2015. Bd. 98. 194 S., 19,- Euro, ISBN 978-3-88118-554-7

__ Expl. Königsdisziplin ASD oder „Immer bleibt alles an uns hängen ...“

Personalfragen im Spannungsfeld von Arbeitsbelastung und Fachkräftemangel
AGFJ im Difu (Hrsg.)

2015. Bd. 97. 160 S., 19,- Euro, ISBN 978-3-88118-553-0

Difu-Papers (für Difu-Zuwender auch als PDF)

NEU

Kommunale Lärmaktionsplanung

Von der Planung zur Aktion

Von Kathrin Schormüller und Nicole Langel

2015. 24 Seiten (in Vorbereitung, wird nur online erscheinen), Download unter: <http://bit.ly/1JSGJZr>

__ Expl. Kommunale Wohnraumförderung in Deutschland – eine Momentaufnahme

NEU

Von F. Frölich von Bodelschwingh und R. Pätzold

2015. Ca. 28 S., Schutzgebühr 5,- Euro (in Vorbereitung)
Download unter: <http://bit.ly/1bLNf5C>

__ Expl. „Ich bleibe hier“: Daten und Fakten zur Wohneigentumsbildung von Zuwanderern

Von Bettina Reimann, Beate Hollbach-Grömig und Detlef Landua

2015. 32 S., Schutzgebühr 5,- Euro

__ Expl. Jahresbericht 2014

NEU

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) (Hrsg.)

2015. 100 S., kostenlos

Download: <http://www.difu.de/presse/download.html>

Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

__ Expl. Sicherheit in der Stadt

NEU

Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele – Internationale Erfahrungen

Holger Floeting (Hrsg.)

2015. Bd. 14. 392 S., zahlreiche Abbildungen
39,- Euro, ISBN 978-3-88118-534-9

__ Expl. Orientierungen für kommunale Planung und Steuerung – Ein Handlungsleitfaden

Jens Libbe unter Mitarbeit von Klaus J. Beckmann (im Auftrag der Wüstenrot Stiftung)

2014. Bd. 13. 212 S., 29,- Euro

ISBN 978-3-88118-529-5

__ Expl. Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch

Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage.

Mit Berücksichtigung der BauGB-Novelle 2013

Von A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-Eichstaedt

2013. Bd. 12. 466 S., 39,- Euro

ISBN 978-3-88118-508-0

__ Expl. Nicht weniger unterwegs – sondern intelligenter?

Neue Mobilitätskonzepte

Klaus J. Beckmann und Anne Klein-Hitpaß (Hrsg.)

2013. Bd. 11. 320 S., zahlreiche Abbildungen

39,- Euro, ISBN 978-3-88118-521-9

Zeitschriften

__ Expl. Informationen zur modernen Stadtgeschichte

NEU

IMS, Halbjahresschrift, Heft 1/2015

Stadt und Infrastruktur (in Vorbereitung)

Ca. 180 S., Einzelheft 12,- Euro,

Jahresabo (zwei Hefte) 19,- Euro

Rechnungsadresse:**Versandkostenpauschale:** innerhalb Deutschlands bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen). Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei.Vorname und Name: Institution/Dienststelle: Adresse: Telefon/Telefax: E-Mail: Datum/Unterschrift: **Lieferadresse, nur ausfüllen falls abweichend von der Rechnungsadresse:**Vorname und Name: Institution/Dienststelle: Adresse: **Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf** (erscheint kostenfrei alle ein bis zwei Monate und enthält Links zu neuen Inhalten im Difu-Webangebot).**Difu-Arbeitshilfen****__ Expl. Datenschutz und Informationsfreiheit in der Kommune**4., völlig neu bearbeitete Auflage
Von Martin Zilkens
2014. 208 S., inklusive Checklisten und Muster, 30,- Euro
ISBN 978-3-88118-536-3**__ Expl. Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch**3. Auflage unter Berücksichtigung des
Innenentwicklungsgesetzes 2013
A. Bunzel (Hrsg.), von A. Strunz, M.-L. Wallraven-Lindl
2013. 172 S., zahlreiche Satzungsmuster, 29,- Euro
ISBN 978-3-88118-526-4**__ Expl. Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007**Muster, Tipps und Hinweise
Von Marie-Luis Wallraven-Lindl, Anton Strunz, Monika Geiß
2011. 2., aktualisierte Auflage, 224 S., 35,- Euro
ISBN 978-3-88118-498-4**__ Expl. Städtebauliche Gebote nach dem Baugesetzbuch**A. Bunzel (Hrsg.), von M.-L. Wallraven-Lindl, A. Strunz
2010. 188 S., 30,- Euro, ISBN 978-3-88118-486-1**Sonderveröffentlichungen** (teilweise auch/nur als Download)**__ Expl. Elektromobilität in Kommunen – ein Stimmungsbild**NEU
PDF
Ergebnisse der Difu-Städtebefragung 2014
Von Anne Klein-Hitpaß und Ricarda Pätzold, Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (Hrsg.)
2015. Ca. 60 S., zahlreiche Fotos, kostenlos
(in Vorbereitung), Download unter: <http://bit.ly/1RbEb8i>**__ Expl. Push & Pull**NEU
PDF
16 gute Gründe für Parkraummanagement
Martina Hertel, Jörg Thiemann-Linden u.a. (Bearb.),
Push&Pull Consortium (Hrsg.)
2015. 20 S., vierfarbig, zahlreiche Fotos
Download: <http://bit.ly/1F9SJyT>
(ab ca. Juli 2015 auch als kostenlose Printfassung)**__ Expl. Kleine Kommunen – Groß im Klimaschutz**NEU
PDF
Die Förderung kleiner und mittlerer Kommunen im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative
L. Krampe u.a. (Bearb.), Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (Hrsg.)
2015. 52 S., vierfarbig, zahlreiche Fotos, kostenlos
Download: <http://bit.ly/1crMSxV>

NEU

PDF

Transnationale Perspektiven für den MittelstandWie Interreg B kleine und mittlere Unternehmen unterstützt
Von Beate Hollbach-Grömig, Holger Floeting und Daniel Zwicker-Schwarm, BBSR (Hrsg.)
2015. 36 S., vierfarbig
Bestellung der Printfassung: Beatrix.Thul@bbr.bund.de,
Stichwort „KMU“, Download: <http://bit.ly/1Fhnat0>**__ Expl. Intelligente und multifunktionelle Infrastruktursysteme für eine zukunftsfähige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung**PDF
Zwischenergebnisse aus den INIS-Projekten
Darla Nickel u.a. (Bearb.), Difu (Hrsg.)
2015. 48 S., vierfarbig, zahlreiche Fotos, kostenlos
Download: <http://bit.ly/1KYVNmz>**__ Expl. Klimaschutz & Klimaanpassung**PDF
Wie begegnen Kommunen dem Klimawandel?
Beispiele aus der kommunalen Praxis
Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (Hrsg.), 2015. 104 S., kostenlos
Download: <http://bit.ly/1MpntEV>**__ Expl. Kommunaler Klimaschutz 2014**PDF
Wettbewerb. Die Preisträger und ihre Projekte
SK:KK (Hrsg.)
2015. 124 S., vierfarbig, zahlreiche Fotos, kostenlos
Download: <http://bit.ly/1QE7ut>**__ Expl. Klimaschutz & Partizipation**PDF
Akteure in der Kommune informieren und beteiligen
SK:KK (Hrsg.)
2015. 104 S., kostenlos, Download: <http://bit.ly/191RwL>**__ Expl. Elektromobilität in der kommunalen Umsetzung**PDF
Kommunale Strategien und planerische Instrumente
Von Anne Klein-Hitpaß u.a., BMVI (Hrsg.)
2015. 120 S., zahlreiche Fotos
Download: <http://bit.ly/1Ji1iOo>**__ Expl. Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum**PDF
Von Christa Böhme u.a., Umweltbundesamt (Hrsg.)
2015. 158 S.
Download: <http://bit.ly/1H0ePoF>**__ Expl. Radverkehr in Deutschland**PDF
Zahlen, Daten, Fakten
Difu und BMVI (Hrsg.), 2014. 40 S., zahlr. Abb., kostenlos
Download: <http://bit.ly/1Fhmrrl>**__ Expl. Auf dem Weg zu einer kommunalen Beteiligungskultur: Bausteine, Merkposten und Prüffragen**Von S. Bock, B. Reimann und K. J. Beckmann
2013. 100 S., 14,- Euro, ISBN 978-3-88118-524-0